



Infobrief

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik Nr. 12 – Juni 2012

Inhalt	Seite
EDITORIAL	02
AKTUELLES zum Notstand der Republik	
Zum 1. April 2013 ist die Einsatzbereitschaft sicherzustellen	03
Ein Generalstabschef für die Bundeswehr – Dresdner Erlass	05
Mit Reservisten in den Dritten Weltkrieg	06
Die Deutsche Bahn im Bunker	07
Frauen in die Armee! Girls Day 2012	07
Von der Schulbank auf die Schlachtbank – Jugendoffiziere rekrutieren für den Krieg	08
Tarifvertrag Förderjahr - Entrechtung der Jugend	09
Zu Günter Grass und seinem Gedicht „Was gesagt werden muss“	10
Die „Eurokrise“: Gefahr für die bürgerliche Demokratien in Europa	11
Einfach nur nachbarschaftliche Zusammenarbeit?	13
Piraten aus Somalia und ein Einsatz zu Wasser und auch zu Lande?	13
Staatsbankrott: Unheil oder eigentlich eine ganz gute Lösung?	15
Anhang: Referat zum Staatsbankrott	16
AKTIONEN gegen den Notstand der Republik	
Internationale Antikriegsaktion Klassenkampf statt Weltkrieg	22
Blohm+Voss ist überall – Kampagnenbericht und Aktionsberichte	24
German dictate over Europe means war! Never again!	30
Das Griechenlandbündnis bei den Demos in Frankfurt (Main)	30
Nie wieder Europa unter deutschen Stiefeln ...	31
Mein lieber Herr Gesangsverein	31
Euer Stahlhelm passt uns nicht!	32
Unerträglicher Zynismus der Bundeswehr BigBand	32
Philipp Müller - vor 60 Jahren und heute	33
Klassenkampf statt Wahlkampf! im Ruhrgebiet	34
Aufführung „Mutter Courage und ihre Kinder“	35
MATERIAL zum Notstand der Republik	
Dokumente und Flugblätter	Anhang

Aktionszug gegen den Notstand der Republik



Der Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik.

Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet.

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen und richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein. In diesem arbeiten seither Jugendlichen aus

unterschiedlichen Organisationen und Gruppen zusammen. Mit Broschüren, Flugblättern und diesem Infobrief, den wir seit 2009 regelmäßig herausgeben, informieren wir über den Notstand der Republik und haben eine ganze Reihe von Aktionen, Demonstrationen und weiterer Kongresse dagegen organisiert. Für diese Aktionen konnten wir oft größere Bündnisse schließen oder wir haben uns an Bündnissen beteiligt, außerdem sind wir Teil einer internationalen Aktionseinheit gegen den Krieg.

Mit dem Eintreten der Weltwirtschaftskrise hat sich die Kriegsgefahr verschärft. Dadurch ist die Militarisierung und der Notstand der Republik zu einer sehr konkreten Bedrohung für die Jugend geworden. Aber, so schreiben wir in einer Erklärung:

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern!

Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“

Mach mit!

Du bist herzlich eingeladen im Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik mitzuarbeiten. Über einen Mail-Verteiler informieren wir über Treffen und Aktionen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik. Gerne kommen wir auch in Gruppen oder Gremien, um über den Notstand der Republik zu referieren. Für regelmäßige Informationen kann unser

Infobrief abonniert werden. Die darin enthaltenen Artikel können verbreitet werden, bzw. wir drucken auch gerne Artikel, Flugblätter und Aktionsberichte ab, die im thematischen Zusammenhang mit dem Kampf gegen diesen Staatsumbau und die Kriegsvorbereitung stehen.

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de

Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

AKTUELLES zum Notstand der Republik

"Zum 1. April 2013 ist die Einsatzbereitschaft sicherzustellen"¹

Wovon	Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSUKr).
Auftrag	"Heimatschutz": Erhöhung der Durchhaltefähigkeit, Sicherungs- und Unterstützungsleistung. Im Grundbetrieb: Nachwuchswerbung, Großveranstaltungen (z.B. NATO-Gipfel), Öffentlichkeitsarbeit der Regierung z.B. Siko München.
Unterstellt	Dem jeweiligen Landeskommando der Bundeswehr.
Größe	Kompaniestärke, mindestens 100 Mann im Grundbetrieb.
Wie viele	25 (Stand Februar) ² , 27 (Stand Juni) ³
Wer	Alle (auch Un-)Gediente können sich ab sofort freiwillig melden, bis 60 Jahre (bisher 45).
Meldefrist	In Bayern z.B. bis zum 30.06.2012 beim Landeskommando Bayern. ⁴
Grundlage	Konzeption der Reserve (KdR) vom 1. Februar 2012. ⁵
Motto	Wir.Dienen.Deutschland.

Das ist in dürren Worten der nächste Schritt im Neuaufbau des "Heimatschutzes". Die Bundeswehr übernimmt wieder das Kommando im Land. Und dabei waren doch fast alle alten Heimatschutzverbände bereits Mitte des letzten Jahrzehnts gerade aufgelöst worden. (Das letzte bayrische Heimatschutzbataillon erst 2007)



Zug des Freikorps Werdenfels durch München, nach der Niederschlagung der Räterepublik Anfang Mai 1919; Postkarte nach einem Foto von Heinrich Hoffmann. (Bayerische Staatsbibliothek, Bildarchiv Hoffmann)

Ein Großteil dieser Heimatschutzverbände waren vor 1989 in Friedenszeiten aktive Soldaten, auch ganz normale Wehrdienstleistende. Sie sollten "die Heimat vor den Bolschewisten und Menschenfressern schützen". Korrekt hieß das natürlich dann z.B. so: „Die Heimatschutzbrigade 53 [...] konnte im Kriege als eine bewegliche Verfügungstruppe im Wehrbereich III zum Einsatz gegen Luftlandungen oder durchgebrochene Truppenteile des Warschauer Paktes eingesetzt werden.“⁶ In der Hauptsache

natürlich zum Schutz der Fabriken der Herren Unternehmer. Auch gegen Demonstranten und Streikende, wie z.B. in den 80er Jahren bei den Demonstrationen gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf. Damals wurde für die Durchhaltefähigkeit geübt. Heute wird die Durchhaltefähigkeit gebraucht. Was heißt das? Die Heimatfront soll alles dafür liefern und tun, ob Mensch oder Material, dass Krieg und Besatzung nicht beendet werden müssen.

Und dass die Durchhaltefähigkeit am besten bereits in relativen "Friedenszeiten" zu organisieren ist, haben die Monopolherren und ihre Regierenden in diesem Land bereits als Lehre aus dem 1. Weltkrieg gezogen und vor dem 2. Weltkrieg angewandt.

Heute brauchen die Regierenden jeden aktiven Soldaten. Und immer mehr Reservisten dazu.

Deswegen ist auch zeitweise die Wehrpflicht ausgesetzt, weil allein 20.000 Ausbilder in der Vergangenheit nur damit beschäftigt waren, die Wehrpflichtigen zu schleifen, anstatt gegen andere Länder in den Krieg zu ziehen.⁷

Je mehr die Bundeswehr in Einsatz gebracht wird und je offener zur Sicherung der Gewinne von Siemens, Daimler, Deutscher Bank und Co., um so nötiger brauchen sie Ruhe an der und Unterstützung durch die Heimatfront.

Damals war ein hauptamtlicher Offizier für die zivilmilitärische Zusammenarbeit (ZMZ) bis zur Bezirksebene zuständig. Darunter gab es keine feste ständige Struktur.

Heute stehen offiziell in jedem Bezirk und Landkreis der BRD weit über 450 Verbindungskommandos mit je 10-12 Reservisten bereit, um bereits in "Friedens-

zeiten" die Unterordnung ziviler Einrichtungen unter das Militär praktisch zu organisieren. Den Sanitäter beim Roten Kreuz genauso wie den Rettungsschwimmer der DLRG und den Funker oder Fahrer des Technischen Hilfswerk. Nicht zu vergessen dabei die verschiedensten Formationen von Polizei und Geheimdiensten.

Und diesen Verbindungskommandos, die seit 2006 flächendeckend eingeführt wurden, werden jetzt Freiwilligen-Kommandos in Kompaniestärke zur Seite gestellt:

Allein in Bayern ergab ein erster schneller Aufruf des Reservistenverbandes an seine Mitglieder im Frühjahr über 1500 Meldungen von Freiwilligen - damit könnten alle Posten der derzeit geplanten 7 bayrischen "Heimatschutzkompanien" doppelt besetzt werden.⁸ Und dass es sich dabei nicht nur um "Freizeitgestaltung" handelt, sondern die Bundeswehr mit den neuen Einheiten auch auf die Betriebe zielt, zeigt der "Dialog Landeskommando Bayern & Arbeitgeber", den das Landeskommando Bayern initiiert hat. Schließlich sollen die Reservisten einerseits mehrere Wochen von ihrem Chef für den Dienst freigestellt werden und andererseits offen im Betrieb für ihre Truppe auftreten und werben können. In vielen Regionen kann die Bundeswehr dabei bereits auf sogenannte Regionale Initiativen von Reservisten (RegNIRes) zurückgreifen, die in ihrer Struktur den neuen "Heimatschutzkompanien" gleichen und teilweise bereits vor mehreren Jahren von freiwilligen Reservisten mit Unterstützung der Bundeswehr gebildet wurden. Aus einer solchen Initiative ist dann auch das erste offiziell am 15. Juni in Bremen in Dienst gestellt worden.



„Heimatschutz ist etwas anderes als Katastrophenschutz“ (Reservistenverband 8.5.12) hat Kriegsminister de Maizière beim Parlamentarischen Abend des Reservistenverbandes in Berlin klargestellt.



Und die Reservistenzeitung „loyal“ (Mai 2012) führt aus, worin der Auftrag der RSUKr besteht: „Statt sich wie bisher in Feuerbekämpfung, ABC-Schutz oder Flugabwehr zu üben, steht für die RSU-Kräfte wieder der klassisch-militärische Auftrag im Mittelpunkt. Sie sollen künftig Aufgaben zur Sicherung militärischer Anlagen übernehmen können.“ Oder wie bereits passiert gegen Demonstrationen und Streiks eingesetzt werden.

Also die alten militärischen Aufgaben der Freikorps gegen die Arbeiterklasse und das Volk. So wie beim G8 Gipfel 2008 in Heiligendamm mit den gerade neu aufgestellten ZMZ-Einheiten in Mecklenburg-Vorpommern beim Einsatz gegen Demonstranten oder beim NATO-Gipfel in Straßburg bereits praktisch in Anwendung gebracht.

Die In-Dienststellung neuer Einheiten wird relativ kurzfristig durch Pressemitteilungen auf der Seite der Bundeswehr oder durch den Reservistenverband bekannt gemacht. Hört Euch um und organisiert Aktionen dagegen.

(Wuide)

¹ Pressemitteilung Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. (VdRBw), vom 29.02.2012.

² Bis hierher Fakten aus: "Weisung Nr. 2 zur Aufstellung von Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften", www.reservistenverband.de.

³ "Minister beim Aufstellungsappell Regionaler Sicherungs- und Unterstützungskräfte Bremen", Bremen, 18.06.2012. <http://www.bmvg.de>.

⁴ <http://www.reservistenverband.de/php/evewa2.php?d=1340633574&d=1265895653&menu=6002&newsid=13679&g2=1&gliederung=6066661000>

⁵ <http://www.bundeswehr.de>

⁶ http://www.bw-duelmen.de/page_1180898588125.html

⁷ Sollte wieder mal mehr Besatzertruppen oder Kanonenfutter nötig sein, wird sie wieder schnellstens aktiviert werden. Und dann reicht im Zweifelsfall auch ein 2 wöchiger Schnellkurs. So wie heute schon für besondere Ungediente durchgeführt. Die Aus- und Weiterbildung der Reservisten soll im Regelfall übrigens durch die Reservisten selbst erfolgen.

⁸ Merkur-online, 20.3.12.

Ein Generalstabschef für die Bundeswehr

Dresdner Erlass

„Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.“

Carl von Ossietzky in der *Weltbühne* vom 8. Dezember 1931

Seit 2010 wird von der sogenannten Bundeswehrreform gesprochen. Mit welcher Rasanz und mit welchen Beschlüssen diese vorangetrieben wurde, hat dankenswerterweise die Neue Rheinische Zeitung in einem Flugblatt zusammengefasst, wo die entsprechenden Maßnahmen detailliert aufgelistet wurden. Neuer Gipfel des Eisbergs ist der Dresdner Erlass zur Neuordnung der Spitzengliederung der Bundeswehr vom 12. März (zu finden auf der Homepage der NRhZ: www.nrhz.de) Damit wird klar: dieser Dresdner Erlass ist notwendiger Bestandteil im Maßnahmenplan dieser Bundeswehr „Reform“.

Weder Zeitpunkt, noch Ort der Verabschiedung, im neuen Militärhistorischen Museum waren zufällig, wie es auch bei den vorhergehenden Erlassen von 1970 und 2005 nicht zufällig war. Neben der Lektüre des Erlasses selbst, ist auch die Rede von de Maizière sehr aufschlussreich, die er im Kontext der Unterzeichnung gehalten hat: „Wir müssen nicht mehr Organisationsentscheidungen aus Sorge vor Missbräuchen treffen, sondern danach, was wir heute und in Zukunft brauchen und richtig finden.“ (zu finden unter www.bmvg.de) Wenn man bei diesem Satz auch noch jenen der Merkel im Hinterkopf hat („Zum Schluss ein persönliches Wort: Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht.“) müssen also alle Alarmglocken angehen. Worum geht es? Bisher war es so, dass man auf zentrale Machtkonzentration im militärischen Bereich verzichtete, wozu man eine Unterscheidung in militärische und zivile Organisationsbereiche nutzte. Bekanntlich definiert sich diese Bundeswehr – noch – als „Parlamentsarmee“. D.h. normalerweise unterliegen die Bundeswehreinätze der Kontrolle des Bundestages und finden eigentlich erst dann statt, wenn sie mit den entsprechenden Mehrheitsverhältnissen dort abgesegnet werden. Wie leicht das mittlerweile auch ohne geht, zeigen insbesondere die grundgesetzwidrigen Einsätze im Inland á la Heiligendamm oder die unter dem EU- Deckmäntelchen, die dieser Zustimmung gar nicht mehr bedürfen. Das sei an dieser Stelle nur erwähnt, aber nicht länger

ausgeführt. Auch weil es mit diesem Dresdner Erlass eh nicht mehr gilt.

Und noch ein weiteres: Die Beschaffung von Kriegsgeräten liegt nicht mehr in den Händen von Zivilisten. Dass darüber sowohl die Militärs selbst, als auch die Rüstungsindustrie glücklich sein dürften, liegt auf der Hand.

Das Militär profitiert also eindeutig und auch noch vielgestaltig von diesem Dresdner Erlass: Die Politik hat jetzt nämlich nix mehr zu melden und kann buchstäblich nicht mehr in die Karten gucken. Schließlich ist jetzt der Generalinspekteur nicht mehr nur höchster militärischer Repräsentant sondern auch Vorgesetzter aller Soldaten (steht also am Anfang der Befehlskette) und außerdem militärischer Berater der Bundesregierung.

Zudem werden drei neue Abteilungen geschaffen, die dem Generalinspekteur zugeordnet werden: Planung, Führung der Streitkräfte, Strategie+Einsatz. Dazu steuert er (zusammen mit Generalstab, den man heute Einsatzführungskommando nennt) die Auslandseinsätze (und sicher auch bald die im Inland).



Der Dresdner Erlass hat also folgende Fakten geschaffen: Der Generalinspekteur wird Generalstabschef (Im O-Ton klingt das so: „Der Generalinspekteur wird mit alledem Befugnisse haben, wie kein Generalinspekteur vor ihm. Auch international ist unser „CHOD“ stark im Vergleich zu vielen NATO-Partnern. Ich halte das für richtig und auftragsangemessen.“)

Das Verteidigungsministerium wird mehr zuarbeitende Behörde und nicht mehr Bestimmer der Politik, denn die Einsatzführung liegt operativ und taktisch in Zukunft beim Einsatz-Führungskommando, da der Einsatzführungsstab im Ministerium abgeschafft wurde. De Maizière sagt das so: „Die Auslagerung [der Inspektoren] aus dem Ministerium stärkt die militärischen Kommandos in ihrer Eigenständigkeit.“ Aber das Verteidigungsministerium wird nach wie vor notwendig sein, kein Krieg ohne Kriegsministerium.

Neu ist darüber hinaus, dass der Generalinspekteur auch die Einsätze, d.h. die Auslandseinsätze führen wird. Somit wird eine, der ihm unterstellten Abteilungen – die bisher Militärstrategie hieß – in Strategie und Einsatz umbenannt.

Gauck an der Führungsakademie der Bundeswehr in Blankenese dazu: "Wir übernehmen jetzt Verantwortung für Dinge, über die wir früher nicht einmal nachgedacht hätten", so hat es kürzlich General Carl-Hubertus von Butler ausgedrückt."

(Marina und Ingo)

Mit Reservisten in den Dritten Weltkrieg

Zur weiteren Militarisation der Wirtschaft setzt das Kriegsministerium auf die Reservisten. Durch Vereinbarungen mit Konzernen sollen Soldaten, für die die Bundeswehr keine konkrete Verwendung mehr hat, in Betrieben unterkommen. Die Personalabteilungen jubeln bereits über solch „führungs- erfahrenes Personal“. Schließlich ist es vorbei mit Diskussionen, wenn der Oberstleutnant der Reserve ins Chefbüro einzieht: Sein Wunsch ist fortan Befehl und wird vom „Kollegen“ Unteroffizier der Reserve durchgepeitscht!

Dafür stellt wiederum der Betrieb die Reservisten in der Belegschaft jederzeit für Wehrübungen frei, um die „Einsatz- und Durchhaltefähigkeit“ der Bundeswehr zu erhöhen. Sie entlasten Berufssoldaten „in Dingen, die Reservisten oft besser können, als aktive Soldaten“ (Kriegsminister De Maizière). Unter dem Motto „Tu was für Dein Land“ läuft diese Kooperation von Kapital und Militär, bei der eine blutbefleckte Hand die andere wäscht!

Der Konzern Cassidian (EADS) und die Luftwaffe haben eine entsprechende Rahmenvereinbarung beschlossen, die gleichzeitig ein erster Schritt für ein „Gesamtkonzept zur Kooperation zwischen Bundeswehr und Industrie“ sein soll. Die Reservisten sollen im Betrieb „Mittler für die Bundeswehr in der Gesellschaft“ (De Maizière) sein, also im Klartext fleißig militaristische Propaganda betreiben.

Die Einstellung von ausgedienten Soldaten übernehmen auch andere Konzerne wie z.B. die Deutsche Bahn. Sie werden gebraucht, schließlich kennt die deutsche Wirtschaft, wie der Vizepräsident einer ihrer Verbände ausplaudert, „keine geordnete Führerausbildung“!¹ Wer also denkt, dass das

Führerprinzip der Vergangenheit angehört, wird in Zeiten der erneuten Kriegsvorbereitung eines Besseren belehrt!

Um das für Krieg und Frieden qualifizierte Personal auch in Krisenzeiten nicht zur Bummelerei zu verdonnern, sollen „gediente“ Kollegen in Kurzarbeit künftig zur Bundeswehr. „Wenn mal die Konjunktur nicht so gut läuft, könnten Unternehmen ihre Mitarbeiter zwei, drei Monate für Wehrübungen freistellen“, heißt es beim Reservistenverband.² Der freie Lohnarbeiter soll so zum bezahlten Söldner werden!

Es ist höchste Zeit, dass wir uns wehren und den Kriegstreibern, die unsere Kollegen in immer

größerer Zahl unter die Fuchtel kriegen wollen, die Hände zerschlagen!

(Roland)



¹<https://www.reservistenverband.de/php/evewa2.php?d=1333766769&menu=0240&newsid=12808>

²<http://www.reservistenverband.de/php/evewa2.php?newsid=10852&menu=0240999915>

Die Deutsche Bahn im Bunker

Auszüge aus dem Spiegel vom 30.10.2010: „Hamburg - Das Bundesverkehrsministerium sorgt sich um die Sicherheit der Bahn bei terroristischen Anschlägen und Naturkatastrophen. Um den Zugverkehr in solchen Fällen aufrechterhalten zu können, soll die Deutsche Bahn 40 unterirdische Krisenleitstellen bauen. Dafür müssen 37 Schutzräume, die Relikte des Kalten Krieges sind, mit moderner Kommunikations- und Sicherheitstechnik aufgerüstet werden. In Dresden, Leipzig und Berlin soll die Bahn neue Bunker bauen. Die Krisenleitstellen sollen so massiv sein, dass sie auch noch arbeitsfähig sind, wenn der darüberliegende Bahnhof zerstört ist. 100.000 Euro veranschlagt das Ministerium für die Aufrüstung jedes bestehenden Bunkers, die Kosten für die Neubauten sind in einer Ministeriumsvorlage für den Haushaltsausschuss des Bundestages noch nicht beziffert. Im Mai hatte der Rechnungsprüfungsausschuss die Mittel für Krisenleitstellen der Bahn gesperrt. Das Verkehrsministerium dringt nun auf eine Freigabe wegen der "gestiegenen Gefährdung von Bahnanlagen" durch linke Autonome, islamistische Terroristen und den Klimawandel.“

Was aus diesen Plänen geworden ist, lässt sich nicht so leicht sagen, jedenfalls ist nirgendwo eine offizielle „Bunkerbau-Baustelle“ eingerichtet worden. Allerdings endete am Donnerstag den 07. Juni 2012 ein Bahngipfel in Sachsen, der Investitionen von mehreren Milliarden in genau dem oben genannten Bunker-Neubau-Gebiet beschlossen hat. Offiziell aber um das Schienennetz auszubauen und ein neues IC-Werk zu errichten.



Deutsche Bahn Bunker-Museum

(Tanja)

Frauen in die Armee! Girls Day 2012



Am 26. April 2012 fand erneut ein sog. Girls Day statt. Dieser wird seit 2001 von Wirtschaft, Gewerkschaften und verschiedenen Einrichtungen des Bundes durchgeführt. An diesem „Mädchen-Zukunftstag“ sollen Mädchen einen Einblick in männerdominierte Berufsfelder bekommen. Seit 2003 wirbt auch die Bundeswehr an diesem Tag unter den Schülerinnen für den Soldatenberuf und nimmt dafür richtig Kohle in die Hand. Stolz präsentiert sie sich 2012 als „einer der größten Unterstützer dieser Aktion“. Im Angebot standen regelmäßig Panzerfahrten, Schießsimulatoren oder ein Hochseeausflug mit der Marine.

Erklärtes Ziel der Bundeswehr ist die Hebung der Frauenquote in den Truppenteilen auf 15 % und 50 % im Sanitätsdienst. Dies scheint ihr u.a. mit der Werbung beim Girls Day auch zu gelingen: Zwischen 2004 und 2007 ist der Anteil der jungen Frauen, die sich einen Dienst an der Waffe vorstellen können, von 13 % auf 20 % gestiegen. Immer beim Girls Day dabei sind konsequenterweise die „Karriereberater“ der Bundeswehr. Tatkräftig unterstützt wird die Bundeswehr auch durch vermeintlich zivile Einrichtungen. So nahmen zuletzt etwa die „Agenturen für Arbeit“ in Chemnitz, Augsburg und Halle mit Veranstaltungen wie „Hast Du Interesse an einer Ausbildung oder einem Studium bei der Bundeswehr?“, „Ausbildungswege bei der Bundeswehr“ oder „Bundeswehrintofotag“ an der Aktion teil.

Am Girls Day 2012 richteten mindestens 160 Bundeswehrliegenschaften Angebote aus, die von „das kann Bund werden“ über „Ein Tag im Jagdbombergeschwader“ bis „Erlebnistag bei der Luftwaffe“ reichten. „Statische Waffen- und Geräteschauen“

sollten einen „Einblick in die tägliche Arbeit der Soldaten“ vermitteln.

Offiziell begrenzt die Armee die Veranstaltungen in militärischen Liegenschaften auf Schülerinnen der 9. und 10. Klasse (in „zivilen“ Dienststellen darf frau ab der 5. Klasse teilnehmen). Der Girls Day ist aber gleichzeitig auch Kids Day: Nicht nur Minderjährige aus den 9. und 10. Klassen werden für das Mordhandwerk begeistert, die Rekrutierung wird schon viel früher angesetzt: Laut eigenen Berichten der Bundeswehr wurden 2011 beim Bataillon für Operative Informationen 950 in Koblenz beispielsweise 40

Schülerinnen der 5. bis 9. Klasse empfangen. In Nordholz durften 100 Mädchen zwischen zehn und sechzehn Jahren den Pilotensitz eines Kampfhubschraubers Probesitzen etc. pp.

Die Militarisierung der Jugend und die Rekrutierung von Minderjährigen für eine Armee, die zur weltweiten Interventions- und Angriffsarmee umgerüstet wurde, sind in vollem Gange und beschränkt sich längst nicht mehr auf das männliche Geschlecht. Für die Pläne der Herrschenden müssen auch die Frauen ran.

(Julian)

Von der Schulbank auf die Schlachtbank Jugendoffiziere rekrutieren für den Krieg



Die Bundeswehr setzt alle Hebel in Bewegung, um die öffentliche Meinung in Richtung Kriegsbefürwortung zu drehen. Gerade die Jugend ist dabei im Visier der Militaristen. Auf eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag legte die Bundesregierung Zahlen zu den Schuleinsätzen der Jugendoffiziere im vierten Quartal 2011 vor (BT-Drucksache 17/7323): Demnach führte die Bundeswehr allein in diesen drei Monaten 58 „Sicherheitspolitische Seminarfahrten“ durch. Davon waren 32 für Lehrer, Referendare und Multiplikatoren gedacht, vier richteten sich ausschließlich an Studierende, der Rest an Schüler. 20 „Dezentrale Sicherheitspolitische Seminare“ und 52 Simulationen des kriegsverherrlichenden Rollenspiels „Politik und Internationale Sicherheit“ (POL&IS) ergänzten das Angebot. Zudem fanden (in Begleitung von Jugendoffizieren) 31 Truppenbesuche durch Schüler statt, wobei der Schwerpunkt auf den Klassenstufen 9 und 10 lag. Für Lehramtsstudenten und Referendare hat die Bundeswehr wiederum eigene „Fortbildungen“ im Programm und mittlerweile werden auch schon

Gelöbnisse auf dem Schulhof abgehalten (so geschehen etwa am 01. März 2011 in Bischofswiesen), was der Militarisierung der Jugend die Krone aufsetzt.

Zu den Einsätzen der Jugendoffiziere, die übrigens beim früheren Amt für psychologische Kriegsführung angesiedelt sind, im gesamten Jahr 2011 und den durch sie erreichten Jugendlichen finden sich laut Bundestags-Drucksache 17/8509 folgende Angaben: siehe Tabelle nächste Seite.

Die Zentren für Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr nahmen an 1.511 Messen, Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen zum Zwecke der Personalgewinnung teil (BT-Drucksache 17/9501).

Insgesamt gibt die Bundeswehr die bei Veranstaltungen zur Personalgewinnung erreichten Personen mit 10.240.070 (zehn Millionen zweihundertvierzig tausend!) an. Davon seien rund 30 % „potenziell einberufungsnahe Jugendliche“. An den Schulen wurden im letzten Jahr zusätzlich zu denen der Jugendoffiziere 10.889 Informationsvorträge durch Wehrdienstberater durchgeführt und dabei 235.695

Vorläufige statistische Angaben zu den Einsätzen der Jugendoffiziere im Jahr 2011 (Stand: 13. Januar 2012)

Zielgruppen	Vorträge	Podiumsdiskussion	Seminare	Besuche bei der Truppe	Insgesamt
Hauptschule	4.281	0	1.104	903	6.288
Realschule	24.534	8	3.041	5.326	32.909
Gymnasium Sek. Stufe I	12.239	141	2.805	1.759	16.944
Gymnasium Sek. Stufe II	31.097	560	11.825	1.316	44.798
Berufsb. Schulen/FOS	12.285	147	2.444	1.228	16.104
Universitäten/Hochschulen	1.826	201	1.072	211	3.310
sonstige Schulen	1.253	40	373	205	1.871
Schüler	87.515	1.097	22.664	10.948	122.224
Parteien	1.047	134	592	189	1.962
Kirchen	638	432	259	68	1.397
Verbände	373	13	344	88	818
sonstige Vereine	2.669	450	433	319	3.871
Organisationen	4.727	1.029	1.628	664	8.048
GESAMT	92.242	2.126	24.292	11.612	130.272
Hinzu kommt noch die Teilnahme von Jugendoffizieren bei Großveranstaltungen (Tage der offenen Tür, Messen, Info-Stände etc.) mit ca. 20.000 erreichten Jugendlichen.					ca. 20.000
Insgesamt:					150.272

Schüler erreicht. 29.833 Schüler nahmen an Truppenbesuchen der Wehrdienstberater teil, d.h. Besuch von Kasernen und anderen militärischen Einrichtungen. Zusätzlich führten die Wehrdienstberater 850 Vorträge in Jobcentern, Arbeitsagenturen und Berufsinformationszentren durch, bei welchen 20.105 Teilnehmer zugegen waren. Insgesamt haben die Wehrdienstberater 2011 so 411.826 Jugendliche und junge Erwachsene im Sinne des Militärs beeinflusst. 7.490 sogenannte Multiplikatoren wurden durch Wehrdienstberater agitiert, darunter 5.536 Berufsberater und Lehrkräfte und 1.954 Lehrer und Schulleiter.

Die Kosten für Nachwuchswerbung der Bundeswehr stiegen in den letzten Jahren von 9,2 Millionen Euro

(1998) auf 16 Millionen Euro (2011). Allein die Auflage der bundeswehreigenen kostenlosen Zeitschrift „infopost“ betrug letztes Jahr 664.700 Stück. Für dieses Jahr sind 29 Millionen veranschlagt. Das ist nahezu doppelt so viel wie im letzten Jahr. Die Kosten für Personalwerbung in Presse, Rundfunk und Internet werden mit über 13 Millionen Euro angegeben (BT-Drucksache 17/9501). Die öffentliche Präsenz des Militärischen wird also noch zunehmen. Die Jugend wird kriegsverwendungsfähig gemacht und es ist höchste Zeit, den Kampf dagegen zu führen! Bundeswehr raus aus Ausbildungsstätten, Schulen, Hochschulen und Betrieben!

(Julian)

Tarifvertrag Förderjahr - Entrechtung der Jugend

In der vergangenen Metall- und Elektro-Tarifrunde 2012 wurde der „Tarifvertrag Förderjahr“ im Bezirk Baden-Württemberg abgeschlossen. In anderen Bezirken wurde dieser teilweise in ähnlicher Form übernommen oder soll noch verhandelt werden.

Damit sollen Jugendliche, die als nicht „ausbildungsreif“ gelten, durch Arbeit in einem Betrieb in 6 bis 12 Monate fit für eine Ausbildung gemacht werden. Wer nicht „ausbildungsreif“ ist, wird nicht näher definiert, so kann es ein Jugendlicher mit schlechten Schul-

noten sein oder aber auch ein Abiturient mit vielen Fehltagen. Auch wie die Förderung aussehen soll, ist im Tarifvertrag nicht konkretisiert. Somit ist der Ausbeutung der Jugendlichen Tür und Tor geöffnet.

Für die Arbeitgeber ist es eine freiwillige Sache, einen Fördervertrag abzuschließen. Dem Jugendlichen ohne Ausbildung oder Arbeit steht es allerdings nicht frei zu entscheiden, ob er eine solche Fördermaßnahme annehmen möchte. Wer Arbeitslosengeld II bezieht und unter 25 Jahre alt ist,

darf eine Fördermaßnahme nicht ablehnen, sonst werden ihm sämtliche Mittel gestrichen.

Nimmt der Jugendliche gezwungenermaßen diese „Fördermaßnahme“ an, so ist er ohne Rechte. Er ist weder Beschäftigter noch Auszubildender. Eine Pflicht zum Arbeiten wurde allerdings beschlossen: „Der Jugendliche ist zur Teilnahme an den Fördermaßnahmen und zur Arbeit im Betrieb verpflichtet.“ Für Fördermaßnahmen besteht sogar die Möglichkeit, sie in die Freizeit zu legen: „Sofern und soweit im Fördervertrag vereinbart, nimmt der Jugendliche im Einzelfall auch darüber hinaus an besonderen individuellen Fördermaßnahmen innerhalb seiner Freizeit teil.“

Ein Ausbildungsplatz wird dem Jugendlichen nach erfolgreichem Durchlaufen dieser Maßnahme nicht garantiert. Er hat lediglich den Anspruch auf die Teilnahme an einem qualifizierten Bewerbungsgespräch. Als Vergütung bekommt der Jugendliche monatlich 250 €. Bezieht der Jugendliche öffentliche Fördermittel, wie z.B. Ausbildungsbeihilfen o.ä., muss er seinem Förderbetrieb mitteilen. Der Förderbetrieb ist dann berechtigt, die monatliche Vergütung entsprechend zu kürzen.

Lassen wir es zu, dass Jugendliche zur Arbeit zur Profitsteigerung von Unternehmern gezwungen werden, dann sind wir nicht mehr weit entfernt von dem Arbeitsdienst der Faschisten.

(Julia)

Zu Günter Grass und seinem Gedicht „Was gesagt werden muss“ und was das mit dem Notstand der Republik zu tun hat

Das Gedicht von Günter Grass hat hohe Wellen geschlagen. Die deutsche Friedensbewegung feierte ihn und in fast jeder Rede, die ich auf dem Ostermarsch gehört habe, wurde sich bei ihm bedankt. Denn nun könne man endlich wieder offen Kritik an Israel üben. Und auch heute, nach den Ostermärschen üben viele Friedensfreunde Kritik an Israel. Ich hingegen kann nur noch den Kopf schütteln. Ich bin entsetzt!

Denn worüber wird denn hier geschwiegen?

Wir leben in einem Land das zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen hat. Und zwei Mal ist das deutsche Volk seinen Herren in den Krieg gefolgt und zweimal wurden diese Kriege von den Völkern anderer Länder beendet. Und heute im Jahre 2012 ist die BRD auf dem Weg den nächsten großen Krieg anzustiften. Darüber wurde auf den Ostermärschen, auf denen ich war, leider nicht gesprochen. Nein, noch viel schlimmer, darüber wurde geschwiegen.

Die BRD ist schon wieder soweit, dass sie andere Länder, wie zum Beispiel Griechenland, ohne Waffengewalt okkupiert. Aber auch weitere Länder stehen schon wieder unter deutschem Diktat: Portugal, Spanien, Irland,... Diese Länder und vor allem diese Völker krepieren schlicht an den deutschen Spardiktaten. Darüber wurde kein Wort gesagt. Es fiel auch kein Wort darüber, dass die BRD massiv die Gesellschaft militarisiert und den Staatsapparat umgebaut hat. Die Bundeswehr im

Rathaus, in den Schulen, den Universitäten, den Betrieben. Kein Wort darüber, dass Polizeien und Geheimdienste zusammengelegt sind, die Bundeswehr im Inland eingesetzt wird und die Bekämpfung von Demonstrationen und Streiks übt. Keiner sprach davon, dass in der BRD massiv für den Krieg geworben wird (die Einsätze der Jugendoffiziere haben sich im Gegensatz zu Vorjahr nahezu verdoppelt) und „kriegerische Auseinandersetzungen“ der Bundeswehr zum Alltag der Bevölkerung gehören. Keiner redete darüber, dass alle zivilen Hilfsorganisationen (THW, Malteser, DRK, Freiwillige Feuerwehr, ...) unter dem Kommando der Bundeswehr stehen und durch die zivil-militärische Zusammenarbeit in jeder Kreis- und kreisfreien Stadt der sogenannte Heimatschutz mit Reservisten der Bundeswehr installiert und bereit für den Inlandseinsatz ist. Es wurde auch nicht davon gesprochen, dass die BRD schon wieder große Teile der Wirtschaft und Presse in Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, etc. in den Händen hält und maßgeblich daran beteiligt ist, die Bevölkerungen dort verhungern zu lassen. Diese Liste von Verbrechen und Verfassungswidrigkeiten der BRD könnte man noch um Längen ergänzen, aber eines ist dennoch Fakt:

Was in der BRD abläuft, ist Kriegsvorbereitung und hiervon haben wir zu sprechen! Denn nicht Israel gefährdet den Weltfrieden, sondern die BRD greift den Weltfrieden an!

Die BRD ist der Hauptkriegstreiber in Europa und einer der größten in der ganzen Welt. Aufzudecken, wo der deutsche Imperialismus sein Unwesen treibt, ist daher unsere Aufgabe. Das widerspricht nicht – im Gegenteil – dem Aufdecken dessen, welche Schandtaten dieses Land auch im Nahen Osten treibt. Genauso wenig, wie es bedeutet, dass wir uns nicht auch der Frage zuzuwenden haben, wo sich die Widersprüche in dieser Welt zuspitzen. Und genau

deshalb halten wir es mit Karl Liebknecht: **Der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutscher Imperialismus!**

Oder in meinen Worten: Wir sollten doch erst mal vor unserer eigenen Haustür kehren. Nur so und ganz praktisch erweisen wir den Arbeitern Europas und der ganze Welt den höchsten Beitrag an Solidarität, den wir leisten können!

(Katrin)

Die „Euro-Krise“: Gefahr für die bürgerlichen Demokratien in Europa

Die bürgerliche Demokratie ist die angenehmste aller Herrschaftsformen für das Kapital, da sie mit der geringsten Gegenwehr des Proletariats verbunden ist. Aber es ist eben nur eine von vielen möglichen Herrschaftsformen und sie bleibt solange bestehen, wie sie ihren Zweck erfüllt, nämlich die Herrschaft des Kapitals zu garantieren.



Angesichts der Weltwirtschaftskrise, die entgegen des allgemeinen „Gefühls“ in der BRD nach wie vor wütet, wird diese Herrschaftsform zunehmend in Frage gestellt. Von zwei Seiten. Die eine Seite ist die immer stärker aufbegehrende Bevölkerung. In Ländern wie Griechenland, Spanien, Italien, Portugal, um nur in Europa zu bleiben, mehren sich spontane Unruhen. Streiks und Massendemonstrationen sind an der Tagesordnung. Noch gibt es in keinem der Länder eine Partei oder Organisation, die diese Unruhen in einen Staatssturz lenken könnte, aber die „Gefahr“ besteht. Die Bourgeoise kann in diesen Ländern schon lange nicht mehr so wie sie will und somit gibt es zumindest eine objektive revolutionäre Situation. Genau dieser Umstand kann aber auch in das genaue Gegenteil umschlagen. Denn wo das Volk zu einer echten Gefahr wird, kann natürlich auch eine andere Herrschaftsform in Betracht gezogen

werden. In Griechenland eventuell eine Militärdiktatur, in Spanien vielleicht erneut der Faschismus. German Foreign Policy, schreibt am 21.5.12:

Debattiert wird inzwischen auch über einen Staatsstreich in Athen. Griechenland drohe vollständig im Chaos zu versinken, warnt ... Daniel Cohn-Bendit, der für Les Verts - das französische Pendant zu den deutschen Grünen - im Europaparlament tätig ist. Cohn-Bendit erklärt umfangreiche auswärtige Einmischung für unumgänglich: "Wenn man die Griechen alleine sich durchwursteln lässt, riskiert man einen Militärputsch." [lemonde.fr, 10.5.12] Deutsche Kommentatoren ziehen Parallelen zur Lage in der späten Weimarer Republik. "Der Worst Case wäre im Falle Griechenlands der Rückfall in eine Diktatur", warnt etwa ein einflussreicher Kommentator: "Die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios wächst mit dem Grad politischer Instabilität." Über den Zusammenhang einer möglichen Diktatur mit dem Spardiktat aus Berlin heißt es in dem Kommentar: "Schon heute wirkt es so, als ließe sich Merkels Sparpolitik auf den Straßen von Athen allenfalls noch mit Waffengewalt durchsetzen." [Wolfgang Münchau: Willkommen in Weimar, spiegel.de, 9.5.12]

Nicht nur innerhalb dieser Staaten ergibt sich so eine Gefahr für die bürgerliche Demokratie. Auch andere, wie in erster Linie die BRD werden bedroht von aufbegehrenden Völkern, nicht dem eigenen, aber zum Beispiel dem griechischen oder spanischen. Mit der lange gänzlich unangefochtenen Vorherrschaft Deutschlands über Europa ist es vielleicht schon bald vorbei.

Am 24. Mai 2012 titelt „TO VIMA ATHEN“:

Das Ende der deutschen Hegemonie

..., so kann eines doch klar festgestellt werden: Man zweifelt an Deutschlands Führungsrolle in Europa. In Berlin weiß man das nur allzu gut. Längst haben die

deutschen Spitzen begriffen, dass man sie vom Thron gestoßen hat. Von nun an wird man Deutschland seine Vormachtstellung aktiv streitig machen (...)

Es ist das Aus der deutschen Hegemonie in Europa. Darüber berichtet seit gestern auch ein Großteil der deutschen Presse. Angela Merkel steht einsamer da als je zuvor. Weitab von ihren Partnern. Aber das ist nicht alles. In Wirklichkeit ist niemand mehr mit ihrer Politik einverstanden. Weder die internationalen Institutionen, noch die USA, weder Paris noch Madrid: Niemand verteidigt sie. (...)

Was werden die Deutschen tun? Alles vergessen und sich neu anpassen? So als sei nichts passiert? Ganz sicher nicht. Sie werden kämpfen, energisch ringen. Sie verfügen über die nötige Willensstärke und die Macht.

In so einer Situation überlegt sich das Deutsche Kapital seine Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung seiner Macht. Die reichen von Protektoraten, bis hin zu offenen militärischen Interventionen.

German Foreign Policy, 21.5.12

... Bereits zu Monatsbeginn hat der Direktor des prominenten Hamburger WeltWirtschaftsinstituts, Thomas Straubhaar, in einem Zeitungsbeitrag gefordert, ein Protektorat über Griechenland zu errichten - "unabhängig vom Wahlergebnis". (Thomas Straubhaar: Wir brauchen ein Protektorat", tagesspiegel.de, 6.5.12) (...) Allerdings sei dabei "Fingerspitzengefühl" nötig, "um nationalen Stolz,

Eitelkeiten und den Widerstand von Interessengruppen bei der Neugründung Griechenlands zu überwinden."

Und ebenda:

Schutztruppen

Die Entsendung von Militär nach Griechenland hat letzte Woche erstmals eine führende deutsche Tageszeitung thematisiert. Sollte das Land in den Staatsbankrott treiben, dann wäre es als "'failing state' (...) weniger denn je in der Lage", seine Außengrenzen gegen Flüchtlinge abzuschotten, hieß es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Erst vor kurzem habe die EU-Kommission mitgeteilt, sie sehe sich ohnehin gezwungen, die EU-Grenztruppen, die an der türkisch-griechischen Grenze die Abschottung der EU durchsetzen und perfektionieren sollen, dort stationiert zu lassen. Sollte Athen "seine Beamten nicht mehr oder nur noch in Drachmen bezahlen" können, dann drohten "chaotische Zeiten". [FAZ, 18.5.12] Das Land werde in diesem Fall "womöglich von Unruhen erschüttert". "Die Griechenlandhilfe müsste dann nicht mehr aus Krediten, sondern aus einer Art humanitärer Nothilfe bestehen", urteilte die Zeitung im Leitkommentar auf ihrer Titelseite [FAZ, 18.5.12]

Herr Zulauf bringt es im Interview mit dem Handelsblatt vom 05.06.12 auf den Punkt: Wir nennen uns zwar Demokratie, aber die Demokratie ist in den meisten Industrieländern im Niedergang.

(Tanja)



Einfach nur nachbarschaftliche Zusammenarbeit? Schutz der Oder-Neiße-Grenze oder die erneute Überquerung der Oder

Beim sog. Frankfurter Dialog im April dieses Jahres wurde die gemeinsame Polizeiarbeit zwischen der BRD und der Republik Polen ausgebaut und die jährliche Wiederholung dieses Treffens, abwechselnd in einem der beiden Länder, vereinbart. Des Weiteren wurden der Abschluss eines Polizeikooperationsvertrags, der Austausch über die Polizeiarbeit und die Schaffung von Instrumenten und Formen der Polizeiarbeit, die über das EU-Recht hinausgehen, geplant. „Durch das heutige Treffen ist ein guter Schritt in Richtung der Sicherheit der Bürger im Grenzgebiet zu Polen getan worden“, so der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern Caffier. Das hört sich doch tatsächlich so an, als ginge es darum, die Grenze zu schützen.

Ein weiterer Vorfall, die gleiche Grenze betreffend, ereignete sich nur einen Monat später und ergibt ein gänzlich anderes Bild: „Erstaunte Blicke ertete am Samstag das Treiben auf der Stadtbrücke von Frankfurt/Oder nach Słubice. Unter begrüßenden Klängen einer polnischen Militärkapelle rannten 31 Mannschaften von West

nach Ost.“ Erstaunte Blicke und begrüßende Klänge für deutsche Soldaten, Reservisten und Polizisten mit Unterstützung der tschechischen und polnischen Polizei, begleitet von Feuerwehr, THW, DRK, Johanniter und Wasserwacht beim sogenannten Oderlandmarsch, die die polnische Grenze stürmen.

Passt das zusammen? Einerseits die Grenze schützen zu wollen, um sie dann – noch im Mantel des traditionellen, militärischen Wettkampfs – niederzurennen? Der Schutz dieser Grenze ist tatsächlich notwendig: Gegen die Kameraden von vorgestern, die sich einer Anerkennung der polnischen Westgrenze seit Jahrzehnten in den Weg stellen; gegen die hohen Herrschaften, die diese Grenze noch nie daran gehindert hat, ihre Millionen diesseits, wie jenseits der

Grenze zu verdienen; gegen die Berliner Republik, die nach Größerem strebt. Das sollten wir nicht denjenigen überlassen, die die Grenze zu schützen behaupten, indem sie selbige mit Militär und Polizei überqueren.

(Lisa)



Piraten aus Somalia und ein Einsatz zu Wasser und auch zu Lande?

Atalanta, was ist das? Hier die Erklärung aus der deutschen Presse: Gegen die Piraten am Horn von Afrika läuft seit Dezember 2008 die EU-Mission „EU NAVFOR Somalia – Operation Atalanta“. Benannt ist sie nach der griechischen Sagengestalt Atalanta, einer Jägerin. Es handelt sich um eine militärische Gemeinschaftsoperation von EU-Ländern, die sich rechtlich auf das „Seerechtsübereinkommen“ der UN aus dem Jahre 1982 und verschiedene UN-Resolutionen stützt, wobei sie gerade als eigenständige Aktion der EU umstritten war. Die Operation begann unter aktiver Beteiligung der BRD, Frankreichs, der Niederlande, Spaniens, Norwegens, Italiens, Luxemburgs, Schwedens, Griechenlands und Belgiens. Österreich beteiligt sich finanziell, hat aber keine Truppen vor Ort.

Fünf bis zehn Kriegsschiffe überwachen dabei ein Gebiet, das etwa 1 ½-mal so groß ist, wie das europäische Festland. Die Zusammensetzung der Flotte wechselt ständig, weil viele Staaten nur für einige Monate dabei sind und danach von anderen Truppenstellern abgelöst werden. Aus der BRD befinden sich derzeit das größte Schiff der Marine, die "Berlin" mit mehr als 230 Mann Besatzung und seit Mitte Mai auch die Fregatte "Bremen" mit zwei Hubschraubern an Bord dort im Einsatz. Die Bundeswehr ist demnach mit mehr als 340 Soldaten vor Somalias Küsten im Einsatz.

Offizielle Aufgabe der EU-Mission ist es, Lebensmittellieferungen des Welternährungsprogramms nach Somalia vor Piratenüberfällen zu schützen. Kommerzielle Frachter, die das gefährliche Seegebiet

am Horn von Afrika durchqueren müssen, können "Atalanta" bei einem Angriff aber ebenfalls zu Hilfe rufen. Dabei ist offensichtlich, dass „der Einsatz der größten Anti-Piratenflotte der Neuzeit viel mit der besonderen geostrategischen Lage [...] zwischen den ölreichen Regionen auf der arabischen Halbinsel und im Sudan, am nordwestlichen Indischen Ozean und am Roten Meer [zu tun hat], über die ein Großteil des europäisch-asiatischen Handels und viele Öltransporte laufen“.¹

Helikopter sollen neuerdings bei der Piratenbekämpfung eine zentrale Rolle spielen: Mit Angriffen aus der Luft könnten Boote, Waffen- und Treibstofflager der Seeräuber zerstört werden – allerdings nur in Nähe des Strandes. Wörtlich heißt es in dem neuen Mandat: "Deutsche Einsatzkräfte dürfen bis zu einer Tiefe von maximal 2000 Metern gegen logistische Einrichtungen der Piraten am Strand vorgehen." Ein Einsatz am Boden ist weiterhin – bis auf Notfälle – ausgeschlossen.²

Trotz der großangelegten Offensive von Atalanta scheint keine Besserung der Lage in Sicht zu sein. Allein im letzten Jahr wurden 200 Frachter von den „Piraten“ gekapert. Nach Einschätzung militärischer Fachleute wird auch die jetzt beschlossene Ausdehnung des Einsatzes auf die Strände keine Wirkung erzielen.



In einem Interview erläuterte Gabriele Heinecke, Anwältin eines Angeklagten im Hamburger Piratenprozess:

„Der Golf von Aden ist eine der meist befahrenen Schifffahrts-Handelsrouten der Welt. Hier werden täglich unvorstellbare Reichtümer wenige Kilometer an einem Land vorbei transportiert, das in Armut

¹ Birgit Mahnkopf, Piratenhatz am Horn von Afrika, IPG <Internationale Politik und Gesellschaft online>, 1/2010

² www.tagesschau.de

versinkt. Somalia ist ein vom Kolonialismus, von Kriegen, Ausbeutung der Fischgründe durch internationale Fischereiflotten, von der Giftverklappung in seinen Gewässer durch internationale Unternehmen und einen 20 jährigen Bürgerkrieg sowie Naturkatastrophen gezeichnetes Land.“

Die Menschen in Somalia, „sind im Bürgerkrieg und in absoluter Armut aufgewachsen. Waffen und Schießereien zwischen verfeindeten Clans oder den Einheiten der militärisch organisierten islamistischen Al Shabaab sind genauso allgegenwärtig wie die Toten auf den Straßen. Es herrscht das Recht des Stärkeren. Schule, Ausbildung, eine geordnete Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur gibt es seit dem Sturz des alten Systems unter Siad Barre 1991 nicht mehr“. Sie leben (oder besser versuchen zu überleben) ohne Hoffnung auf eine menschenwürdige Zukunft. „Es gibt – wahrscheinlich eher außerhalb des Landes organisiert – Piraterieorganisationen, die junge Männer ansprechen. Ob die Rekrutierung immer freiwillig passiert, ist ungeklärt. Tatsache ist, dass die Männer des ersten Angriffs einen akut lebensgefährlichen Job machen müssen, dass sie verheizt werden. Was diese Menschen bewegt, auf das Meer zu gehen, um mit einem kleinen Schiff, mit Badelatschen oder barfuß, mit kurzer Hose und T-Shirt große Schiffe zu erobern, kann nur die blanke Not sein.“



Und zur Kaperung der MS Taipan: „Man kann nicht behaupten, dass die Bundesrepublik Deutschland sich darum gerissen hat, den Prozess hier zu führen. Als ein Jahr zuvor im März 2009 ein deutscher Frachter vor Somalia abgegriffen und eine deutsche Fregatte sie befreit hatte, schloss man hastig ein Abkommen mit Kenia – Geld gegen Strafverfolgung – und brachte die mutmaßlichen Piraten nach Mombasa. Abgesehen davon, dass Kenia den

Vertrag im Frühjahr 2010 gekündigt hat, entschied im November 2011 das Verwaltungsgericht Köln auf Klage einer der in Mombasa sitzenden Piraterieverdächtigen, dass das Verbringen nach Kenia rechtswidrig war, weil die dortigen Haftbedingungen ‚erkennbar nicht völkerrechtlichen Mindeststandards‘ entsprächen.

Im Fall des Überfalls auf das Containerschiff MS Taipan am 5. April 2010 vor Somalia im indischen Ozean hatte eine niederländische Fregatte die MS Taipan befreit. Die Niederlande wollten die Strafverfolgung nicht übernehmen. In einer Verbalnote der Botschaft des Königreichs der Niederlande vom 6. April wurde die Bundesrepublik Deutschland zur Übernahme aufgefordert. Die zuständige Staatsanwältin in Rotterdam fand am selben Tag in einer Mail an die zuständige Hamburger Staatsanwaltschaft deutliche Worte: Da Kenia gerade alle Verträge zur Übernahme der Strafverfolgung in Fällen der Piraterie vor der somalischen Küste gekündigt habe, gebe es genau drei Möglichkeiten: Die Freilassung der Piraten; die Verfolgung durch die Niederlande – das

scheide aus; die Verfolgung durch die BRD. Für im Bereich des Meeres begangene Straftaten ist nach der deutschen Strafprozessordnung Hamburg zuständig. So wurden die 10 Somalier im Juni 2010 dorthin überführt.“³



Hier wird ein Prozess gegen Menschen geführt, die aufbegehren, weil sie nicht mehr arm bleiben wollen. Solange sich aber nichts an den Lebensumständen zu ihren Gunsten ändert, wird es Piraterie geben. Das wissen die Unternehmer zwar auch, aber für die zählt nur der Profit durch die Ausbeutung Afrikas.

³ aus: Fanfare der FDJ Nr. 56

(Paul)

Staatsbankrott: Unheil oder eigentlich eine ganz gute Lösung?

Es wird viel diskutiert, wohin die Weltwirtschaftskrise bzw. hier die sogenannte Eurokrise uns noch führen kann. Von den Medien wird uns eingehämmert, dass der schlimmste Fall der Staatsbankrott wäre. Im Jugendaktionsausschuss haben wir dies kritisch hinterfragt und auf Grundlage eines Referates, das auf unserem Treffen gehalten wurde, diskutiert. Dieses Referat haben wir auf den folgenden Seiten dokumentiert und hoffen sehr, dass es zu weiteren Diskussionen führt.



Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir die große Angst der Herrschenden nicht teilen können, sondern umgekehrt den Staatsbankrott fordern. Denn es ist nicht unser Staat. Es ist der Staat der Herrschenden. Seit 2007 verfolgen wir, wie dieser Staat gegen die Bevölkerung umgebaut und für den Krieg gegen andere Völker aufgerüstet wird. Aktuell beobachten wir, wie er die Völker Europas ausplündert und zum Krieg in Europa und der Welt treibt. Die Staatsschuld wird in die Höhe getrieben, um das alles zu finanzieren und dem Finanzkapital durch Schröpfung der Bevölkerung noch den Profit zu sichern, den es durch die „normale“ Ausbeutung nicht mehr realisieren kann. Deswegen haben die Banken ein Interesse an hohen Staatsschulden. Der Staatsbankrott würde also in erster Linie bedeuten, dass die Zinszahlungen an die deutschen Banken eingestellt werden. Deswegen wird er auch nicht über uns hereinbrechen, sondern muss von uns erkämpft werden.

Für den deutschen Staatsbankrott! Diesem System keinen Mann und keinen Cent!

(Julia)

Für den deutschen Staatsbankrott! Nieder mit der Regierung der deutschen Bank und Co.!

Teil I

So sieht sie aus, die von tiefen Widersprüchen zerrissene Welt

Die kapitalistische Welt liegt in Trümmern. Der Kapitalismus ist nicht mehr fähig, auch nur die kleinsten Probleme der menschlichen Gesellschaft zu lösen. Es ist das in seinen Krisen und Kriegen konstatierte Ende des Kapitalismus selbst, das die Machtergreifung des Proletariats zur Möglichkeit, aber auch zur gebieterischen Notwendigkeit für die ganze Menschheit macht. Ohne dies ist ein auch nur halbwegs erträgliches Leben der Menschen auf dieser Erde, die vom Todeskampf eines überholten und verfaulten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems aufs höchste bedroht ist, nicht mehr möglich. Die Zerrüttung, die Fäulnis des Kapitalismus hat ein Ausmaß angenommen, dass Gewalt und Zerstörung fast vollständig an die Stelle der Ökonomie getreten sind, wobei freilich die kapitalistische Ökonomie ihre Grundlage bleibt. Das wesentliche ökonomische Verhältnis, aus dem der Kapitalismus seine ganze Kraft saugt, das Lohn- und Ausbeutungsverhältnis, ist im Maßstab der einzelnen Länder, wie im Weltmaßstab zerrüttet. Milliarden Menschen werden hinabgeworfen in die allgemeine Verelendung und in ständige Erwerbslosigkeit. Immer weniger interessiert den Kapitalisten in den imperialistischen Ländern der Arbeiter als Objekt der Ausbeutung im Betrieb. Er wird vom kriegstreiberischen Kapital degradiert zum Räuber und zum Mörder an seinesgleichen, zum Zins- und Steuereintreiber und Zwangsvollstrecker bei anderen Völkern.

Eine Milliarde Menschen und damit ein gewaltiger Teil der mächtigsten Produktivkraft Mensch, lässt der sich in der Auflösung befindliche Kapitalismus in Slums verrecken, statt sie in seine Fabriken zu überführen, wie es der Kapitalismus in seiner Frühzeit im 18. und 19. Jahrhundert mit den vom Land verjagten, besitzlosen Bauern getan hat. Das Kommunistische Manifest attestierte dem Bourgeois seine historische Überlebtheit, weil er seine Sklaven ernähren müsse, statt von ihnen ernährt zu werden. Die Monopolbourgeoisie des späten Kapitalismus kann ihre Sklaven nicht mal ernähren - und tut es auch nicht!

So sieht sie aus, die von tiefen Widersprüchen zerrissene Welt des sterbenden Kapitalismus, in der sich die neue Welt bereits abzeichnet, die aber von den Arbeitern erkämpft werden muss. Die Weltwirtschaftskrise, die Krise des Euro, die Finanzkrise – all das kündigt davon und beweist es. Die Versuche, den Kapitalismus zu retten und ihn wieder in Schwung zu bringen, müssen scheitern. Und der Kapitalismus, insbesondere der deutsche, wird wieder zu der Lösung greifen müssen, die ihm schließlich als einziger Ausweg bleibt: Zum Versuch, die Widersprüche durch den Weltkrieg zu lösen, wenn es die Arbeiterklasse nicht verhindert. Der Menschheit, deren ganze Kultur schon jetzt, in der „Vorkriegszeit“, in Trümmer gelegt wird, droht die Gefahr der vollständigen Vernichtung. Und es

gibt nur eine Kraft, die dies verhindern kann, das ist die Kraft des Proletariats.

Die Ökonomie des Kapitalismus in seinem letzten Stadium, nämlich im Imperialismus, lebt immer weniger von der Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben und immer mehr von der Ausplünderung ganzer Länder und Völker – unter anderem auch durch die Vergabe von Krediten an diese Länder. Die Ausplünderung dieser Länder mittels Krediten und Staatsschulden findet schnell ihre Grenzen in der absoluten Verelendung der Völker (jeder von uns hat in diesen Wochen und Monaten wohl das Beispiel Griechenland vor Augen).

Kein Volk der Welt kann unter der Ökonomie des Bürgertums noch leben. Vor den Völkern der Welt steht – so unterschiedlich sie im Einzelnen aussehen mag – die Aufgabe, den Imperialismus zu schlagen und entweder die Diktatur des Proletariats oder die Herrschaft mehrerer revolutionärer Klassen, die Volksdemokratie zu errichten, um dem unsäglichen Elend des Todeskampfes eines überlebten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ein Ende zu bereiten. Es gab Zeiten, in denen es vielen Arbeitern – wenn auch nicht den Völkern in Asien, Afrika und Lateinamerika – scheinen mochte, als ließe es sich unter dem Kapitalismus leben. Und es gibt immer noch welche, insbesondere innerhalb der deutschen Arbeiterklasse, bei denen der Glaube noch weit verbreitet ist, dass man es sich im Kapitalismus einrichten könne. Es gilt, diese Illusion zu zerstören. Denn es lässt sich nicht leben unter dem Kapitalismus.

Die heutige Krise ist die erste weltumspannende Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Weltwirtschaftskrise ist ein unvermeidliches Resultat des Kapitalismus in seinem letzten Stadium des Imperialismus. Die Weltwirtschaftskrise demonstriert vor aller Augen den schärfsten und tiefsten Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise, den Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung. Die Krise der Weltökonomie ist der Ausdruck davon, dass die Produktivkräfte, gefesselt in den engen Schranken der Profitproduktion, Sturm laufen für ihre Befreiung. Die Krise zeigt die Schwäche von Kapitalismus und Imperialismus und sie ist ein schreiender Aufruf, dafür zu kämpfen, dass sich die Gesellschaft als Ganzes, geführt von der revolutionären Arbeiterklasse, der Produktionsmittel bemächtigt und sie nicht anarchisch einsetzt, sondern nach Plan. Die Weltwirtschaftskrise setzt die neue Welt auf die Tagesordnung – nicht nur als Möglichkeit, auch nicht nur als Notwendigkeit, sondern als eine objektiv längst herangereifte Tatsache. Dieser Tatsache nicht zum Durchbruch zu verhelfen, kostet tausendmal mehr Opfer als der Kampf um die neue Welt.

Der Krieg, den niemand will

Im gegenwärtigen Kampf der Imperialisten um die Konkursmasse des Kapitalismus gewinnt die letzte Hoffnung des Finanzkapitals an Bedeutung: Der Krieg, den niemand will, der aber unvermeidlich ist, wenn sich die Welt des Kapitalismus

noch einmal weiterdrehen soll. Einer der Herde, aus dem die Flamme des Weltkrieges schlagen kann, ist Europa, mehr und mehr das Europa des deutschen Imperialismus und seines Kampfes um die Unterwerfung des Kontinents als Ausgangsbasis zur erneuten Aufteilung der Welt.

Das sieht man durchaus auch in anderen Ländern schon so. Die führende französische Wirtschaftszeitung „Les Echos“ schrieb am 24. Oktober 2011: „Deutschland hat die Oberhand über Frankreich gewonnen.“ Und zwei Tage später schreibt diese Zeitung: „Man muss sich nur ansehen, wie Europa jedes Mal den Atem anhält, wenn der Bundestag abstimmt.“ Und am 8. November schrieb sie: „Es ist an der Zeit, ein europäisches föderales Projekt auszuarbeiten, um Deutschland eine Antwort zu geben. Wenn nicht, dann kommt es wie 1914. Ein Funke in Griechenland (nicht weit von Sarajewo...) oder anderswo würde genügen, ein Flammenmeer zu entfachen, das Frankreich und Deutschland schüren würden... Dann würde nicht nur der Euro explodieren, sondern Europa, das wir doch seit der letzten Weltkatastrophe zu erbauen wussten“. Der Klarheit zuliebe noch die Stimme von Jaques Attali, einst Berater des französischen Präsidenten Mitterrand: „Heute ist es von Neuem Deutschland, das die Waffe für den kollektiven Selbstmord des Kontinents in der Hand hält.“ (Le Monde)

Oder bleiben wir hier im Land, wo Merkel, die Chefin der Regierung der Deutschen Bank und Co. die Sache so sieht: „Niemand sollte glauben, dass ein weiteres Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht. Deshalb sage ich: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“ (so redete Merkel am 26. Oktober letzten Jahres im Bundestag). Hier haben wir sie wieder, die Frage von Krieg und Frieden zur Rettung des Finanzkapitals, diesmal von der Tribüne des Deutschen Reichstages herunter. Das sind keine neuen Töne, aber möglicherweise sind wir heute einem Krieg näher, als im März 2007, als die Kanzlerin in einem Interview mit der BILD-Zeitung verkündete: „Die Idee der europäischen Einigung ist auch heute noch eine Frage von Krieg und Frieden. [...] In der EU selbst müssen wir einer gemeinsamen europäischen Armee näher kommen.“ (Interview in BILD vom 23.03.2007)

Mit ähnlichen Drohungen hatte die Bundesregierung bereits Mitte der 1990er Jahre die Osterweiterung der EU gegen massive Widerstände durchgesetzt. Damals hatte der Innenminister und jetzige Finanzminister Schäuble in einem Strategiepapier erklärt, Deutschland könne „aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen“. Das Papier wurde am 1. September 1994 der Öffentlichkeit übergeben, am 55. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen.

Die radikale Entschlossenheit, die Germanisierung Europas herzustellen, bleibt elementarer Bestandteil der deutschen Außen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Und das muss den großen Krach mit den imperialistischen Konkurrenten herausfordern. Ihre Bündnisse und Allianzen sind heute zerrüttet. Aus ihren maroden politischen und militärischen Beziehungen bröckelt der Kitt. Die vielfachen, häufigen, hektischen Verhandlungen zur „Euro-Rettung“ haben vorläufig eines erreicht: Sie haben Zeit geschunden. Dort wurde alles getan, um den großen Krach, den offenen Kampf aller gegen alle um den realen Reichtum ganzer Länder noch einmal hinauszuschieben –

den Kampf, der, wie sie alle wissen (aber nicht wissen dürfen), unausweichlich ist.

Wenn Merkel und Sarkozy, die Spitzen-Angestellten des deutschen und des französischen Finanzkapitals, vor den mittlerweile recht zahlreichen „Euro-Rettungstreffen“ Küßchen austauschen, dann gibt das vielleicht ein nettes Foto für die Presse ab, aber dann geht es zur Sache: Das Interesse des Finanzkapitals beider Länder ist identisch: Sicherung des Maximalprofits. In der Methode, dies umzusetzen, gibt es erhebliche Unterschiede. Die Verordnung von Raubpaketen (also die so genannten Sparpakete) gegen das eigene Volk und gegen andere Völker ist eine Methode, den gesellschaftlichen Reichtum zu Gunsten des Finanzkapitals zu verteilen. Das ist die Methode, die die Merkel-Regierung durchzuboxen versucht. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eben diese Methode bei der Arbeiterklasse Frankreichs und im französischen Volk heftigste Widerstände hervorruft – im Unterschied zur Situation in Deutschland. Für die französische Regierung ist zur Ausplünderung des Volks ein anderer Weg günstiger, da weniger riskant: Die Ausplünderung des Volks durch die Inflationierung der Währung, also des Euro.

Gewonnen hat in dieser Auseinandersetzung wer? Das deutsche Finanzkapital. Ein Ergebnis davon ist der neueste, völkerrechtswidrige „Fiskalpakt“. Geschrieben von deutscher Seite erlegt er den Staaten Europas rigide Regeln hinsichtlich der Grenzen der Staatsverschuldung auf und zerstört damit die Souveränität der nationalen Regierungen hinsichtlich ihrer Haushaltspolitik. Völkerrechtswidrig ist dieser Pakt schon deshalb, weil damit geltendes EU-Recht, wie der Vertrag von Lissabon als Makulatur auf den Müll geworfen wird. Dieser von Deutschland geforderte „Fiskalpakt“ wäre nicht allein ein Mittel zur weiteren Ausplünderung und zur Sicherung des deutschen Wucherzinses gegen die Schuldnerstaaten, sondern zugleich ein Abkommen, das das Ziel der Schaffung eines Kerneuropas unter deutscher Führung festschreibt.

Der deutsche Imperialismus schwingt sich weiter zum Herren des Kontinents auf, der nicht nur die Kapitalisten und Staaten Griechenlands, Spaniens, Italiens, Portugals oder Irlands bedroht, sondern auch etwa den französischen Imperialismus, dessen Monopolherren längst wieder den alten Streit führen, wie denn die „Grande Nation“, die Größe Frankreichs gerettet werden kann.

Mit der Annexion der DDR hat die Herausbildung einer neuen Nachkriegs- und Vorkriegsordnung erst begonnen. Sie ist beileibe nicht abgeschlossen. Selbst das Zentralorgan des deutschen Finanzkapitals, das „Handelsblatt“, staunt angesichts der Verhandlungen zur „Euro-Rettung“ ob der Geschwindigkeit, mit der sich der deutsche Imperialismus den Kontinent unterwirft. Am 27. Juli 2011 stand da im Handelsblatt: „Die vergangene Woche hat gezeigt: Das Machtzentrum ist Berlin... Brüssel war dann die Bühne, um die Beschlüsse zu inszenieren. Wir können noch nicht genau sagen, was in der vergangenen Woche passiert ist. Wahrscheinlich aber ist hier ein neues Europa entstanden.“

„Gemeinschaftswährung“ Euro

Werfen wir einen Blick darauf, welche Rolle der Euro, der fahrlässig oder demagogisch „Gemeinschaftswährung“ genannt wird, im Kampf um die Vorherrschaft einnimmt. Der Euro ist im

Unterschied zu jeder x-beliebigen Währung eines Nationalstaates nicht allein Zahlungsmittel und Währung. Der Euro – ursprünglich von den Konkurrenten des deutschen Imperialismus auch als Instrument dafür gedacht, die Hegemonie des durch die Annexion der DDR mächtiger gewordenen Deutschlands einzudämmen – ist eine Waffe in der Hand der deutschen Monopole geworden zur Ausplünderung der Völker Europas und zur Unterwerfung europäischer Staaten.

Dass eine Regierung Regierungen anderer Länder stürzen und ihr hörige Vasallen einsetzen kann, ohne die Bürger zur Wahlurne zu rufen (wie 2011 in Griechenland oder Italien geschehen), beweist, dass der Euro keine normale Währung ist. Er ist eine Waffe zur Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie, des Parlamentarismus, zur Zerschlagung der Souveränität anderer Länder und des Völkerrechts gegenüber den durch die Weltwirtschaftskrise geschwächten kapitalistischen Staaten der EU. In ihrer Ausgabe vom 30. Januar 2012 berichtete die FAZ, dass Diplomaten in Brüssel bereits von „protektoratsähnlichen Zuständen“ reden, „schon jetzt wachen Deutsche über Athen“.

Der Chefredakteur des oben schon zitierten Handelsblatt schrieb schon am 19. November 2010: „Die deutsche Regierung... versucht, die am Boden liegenden Schuldenstaaten noch tiefer nach unten zu zwingen... Wir können daran weiter unser Mütchen kühlen. Aber Schadenfreude begründet kein deutsches Interesse. Unsere Interessen – die Rückzahlung der Schulden, die Stabilität der Banken und der Erhalt der Euro-Zone – werden wir so niemals durchsetzen... Wer die Schuldenstaaten zum Protektorat erklärt, wird Unfrieden ernten. Die Schulden von Griechen und Iren sind groß, aber ihr Stolz ist größer... Angela Merkel ist stark gegen die Schwachen. Der Weg, den sie einschlägt, führt nicht nach Europa.“ So weit die Meinung des Handelsblatts. Dieser Artikel spiegelt die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der herrschenden Klasse wider, aber auch ihre ungeheure Angst vor dem Widerstand und dem Aufbegehren der Völker.

Vor nahezu 100 Jahren stellte Lenin fest: „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitaleports und der Aufteilung der Welt durch die ‘fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“ Lenins Feststellung ist und bleibt wahr. Entweder die „Europäische Union“ fliegt auseinander in sich bekämpfende und sich zerfleischende kapitalistische Staaten oder diese „Vereinigten Staaten von Europa“ werden hergestellt in der reaktionärsten Form, nämlich in der Form der Beherrschung des Kontinents durch den deutschen Imperialismus, der es schon zweimal versucht hat.

Noch ein Aspekt zum Verlust staatlicher Souveränität durch den Euro. Nationale Bourgeoisien mit eigener Währung hätten die Möglichkeit, die Druckmaschinen zum Gelddrucken anzuwerfen und damit die eigene Industrie, ihre Exportfähigkeit und die Banken zu stützen. Die Möglichkeit der Inflationierung der Währung als Mittel, die Krise auf das Volk abzuwälzen, ist den einzelnen Bourgeoisien durch den Euro genommen. Wie dieses Mittel eingesetzt wird, entscheidet nunmehr die politisch stärkste Macht im Währungsverbund und das ist der deutsche Imperialismus.

Die schwäbische Hausfrau und der Staatsbankrott

Reden wir nun vom Staatsbankrott. Die Angst vor dem Bankrott geht um, die Angst vor dem Staatsbankrott. In einer Umfrage des STERN im August 2011 steht die Staatsverschuldung an Nummer Eins der Sorgen der Deutschen. 63 Prozent der Befragten fürchteten, die Staatsschulden könnten „ins Uferlose“ steigen.

Die Schulden, die die kapitalistischen Staaten aufgehäuft haben, sind enorm. Wohin führt das? Führt das geradewegs zum Staatsbankrott?

Was ist ein normaler Bankrott, der Bankrott einer Firma zum Beispiel? Eine Firma, die hoch verschuldet ist, keinen Kredit mehr bekommt, nicht mehr zahlungsfähig ist, erklärt die Insolvenz. Die Firma wird abgewickelt, ausgeschlachtet, noch vorhandenes Vermögen wird an die Gläubiger verteilt. Und nach Beendigung des Insolvenzverfahrens existiert die Firma nicht mehr.

Für einen Staatsbankrott gelten andere Regeln. Der Staat ist alles andere, als die durch Frau Merkel berühmt gewordene schwäbische Hausfrau, die angeblich weiß, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man hat oder verdient.

Ein Staat kann noch so hoch verschuldet sein, von selber geht er nicht bankrott. Es gibt keine ökonomische Gesetzmäßigkeit, nach der es zu einem Staatsbankrott kommt. Der Staatsbankrott wäre ein bewusster politischer Akt, der jedoch auch niemals dahin führt, dass ein Staat nicht mehr existiert.

Seine Hoheitsrechte, die Steuerhoheit, das Gewaltmonopol und die Währungshoheit (falls er eine eigene Währung hat) erlauben einem Staat unter nahezu allen Bedingungen, den Schuldendienst aufrecht zu erhalten. Die Regierung kann einen Kredit aufnehmen, sie kann die Steuern erhöhen, sie kann die Ausgabenseite durch Raubpakete und die Senkung der Ausgaben im sozialen oder kulturellen Bereich beeinflussen. Außerdem kann sie bei eigener Währung die Schulden entwerten, indem sie zur Tilgung neues Geld drucken. Ergebnis ist die Inflation, die wiederum auf Kosten des Volkes geht.

Die Euro-Staaten haben diese Möglichkeit nicht mehr, weil sie keine eigene Währung besitzen. Die Währungshoheit liegt in der Hand der ökonomisch und politisch bestimmenden Macht und das ist das imperialistische Deutschland.

Kein kapitalistischer Staat geht von selbst bankrott. Wir haben gesehen, dass ein Staatsbankrott eine bewusste politische Entscheidung wäre. Eine andere Sache ist, dass kleine, hoch verschuldete kapitalistische Staaten (wie zum Beispiel Griechenland) ihre Souveränität leicht an die stärkeren kapitalistischen Staaten verlieren können. Imperialisten verlangen von ihren Schuldnern reale Werte, etwa Gold, Land, Fabriken oder Flughäfen, und sie verlangen ökonomische und politische Unterwerfung.

Sie verlangen von ihren Schuldnern eine Politik der völligen Ruinierung des Volkes und bieten dabei auch noch an, „sie bei der Umsetzung ‘administrativer Maßnahmen‘, also etwa bei Sozialkürzungen, aktiv zu unterstützen“. So zitierte die Süddeutsche Zeitung vom 21. Oktober 2011 aus einem internen Papier des deutschen Außenministeriums.

Das sind keine großmäuligen Sprüche, sondern das sind ernst gemeinte Vorbereitungsmaßnahmen zur Schaffung von Protektoraten. Und da sollte sich niemand wundern, wenn bei den Massenprotesten, bei den Demonstrationen in Griechenland, in Spanien oder in Portugal Plakate auftauchen, die die Merkel in SS-Uniform mit Hakenkreuz zeigen.

Teil II

Der Staatshaushalt – nur ein Werkzeug

Wenn wir vom Staatsbankrott sprechen, dann müssen wir uns zunächst ansehen, woraus der Staat seine Gelder speist und wofür er sie ausgibt, womit wir beim Haushalt eines Staates wären. Der bürgerliche Staat war und ist schon immer ein Instrument des Finanzkapitals zur Aufrechterhaltung der eigenen Herrschaft, ein Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiterklasse. Und so ist der Staatshaushalt nur ein Werkzeug, mit dem ein Teil des Nationaleinkommens im Interesse der Ausbeuterklasse nicht nur neu verteilt wird, sondern immer auch der Finanzierung des Status quo dient. Die Quelle für den Staatshaushalt sind Steuern und Anleihen. Marx schrieb, dass der Haushalt eines kapitalistischen Staates „nichts anderes ist als ein Klassenbudget, ein Budget für die Bourgeoisie“. Die Steuern sind im Kapitalismus eine Form zusätzlicher Ausbeutung der Werktätigen, da ein Teil ihrer Einkünfte mittels des Staatshaushalts mehr oder weniger direkt an die Bourgeoisie weitergeleitet wird.

Die Politik des bürgerlichen Staates ist darauf gerichtet, die Ausbeuterklasse steuerlich so wenig wie möglich zu belasten. Die Hauptsteuerlast tragen also die Werktätigen. Je nach Jahr zahlen die Unternehmen in diesem Land zwischen 3 und max. 10 Prozent des gesamten Steueraufkommens, welches im Jahr 2010 ca. 560 Mrd. Euro betrug. 3% von 560 Mrd. macht gerade einmal 16,8 Mrd. Euro! 16,8 Mrd. bei einem Jahresumsatz beispielsweise von VW in Höhe von 126,88 Mrd. Neben den Steuern sind die Anleihen ein wichtiger Einnahmeposten, wobei sich der Staat bei seinen Kapitalisten verschuldet. Mit einem bedeutenden Teil der durch Anleihen aufgebrachtten Mittel werden militärische Ausgaben gedeckt oder Infrastrukturmaßnahmen und Anschaffungen bezahlt. Das Geld, das sich der Staat bei den Kapitalisten leiht, zahlt er ihnen das erste Mal in Form von Aufträgen, die größtenteils militärischer Natur sind, zurück. Auch Geld, das er sich nicht erst bei ihnen holt, verschiebt er mittels Subventionen oder Konjunkturprogrammen. 32 Milliarden waren es, obwohl die Monopolisten längst wieder Gewinne machten.

Staatsverschuldung und ihre Folgen

Ein Merkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist, Kapital, das der Produktion entzogen wird, als fiktives Kapital der Monopolisten in Staatsanleihen zu verwandeln. Anstatt ihr Geld produktiv zu investieren, leihen sie es ihrem Staat. Warum? Diese Anleihen führen zu einer weiteren Erhöhung der Steuern für die Werktätigen und zur Senkung der Sozialausgaben fürs Volk, da die Anleihen verzinst und getilgt werden müssen. Das ist eine gigantische Umverteilung des Nationaleinkommens, die den Titel Staatsschuld trägt. Der Staat verschuldet sich bei den Großbanken, um den Großbanken den größtmöglichen Profit, den größtmöglichen Anteil am Nationaleinkommen zu sichern. Jeder Euro an Zinsen, den der Staat den Banken zurückzahlt, ist von den Arbeitern bezahlt. Aktuell beziffert sich die deutsche Staatsverschuldung auf über zwei Billionen Euro. Allein im

letzten Jahr mussten dafür über 60 Mrd. an Zinsen gezahlt werden. Das ist die Hälfte aller Lohnsteuern in Höhe von 127 Mrd. Euro, die den Arbeitern aus der Tasche gezogen wurden. Oder anders herum: Pro Jahr arbeiten alle Arbeiter und Angestellten zusammen einen Monat umsonst und zahlen Zinsen des Staatshaushalts an die Banken und Konzerne. Demzufolge wächst mit den Staatsschulden der Reichtum der Kapitalisten. Das ist also der „sichere Hafen“, von dem immer die Rede ist, wenn es um Staatsanleihen geht. Es ist die Unfähigkeit der Bourgeoisie, mit ihrem Reichtum noch etwas anderes anzufangen, als ihn gespeichert in Banksafes oder ohne produktive Verwendung zum Wohle der Gesellschaft dem Staat zur Aufrüstung zur Verfügung zu stellen.

Die Frage der Gewalt

Wenn man sich fragt, welche Funktion der Staat im Kapitalismus hat, wessen Staat der Staat also ist, dann gibt es im Grunde zwei empfehlenswerte Lektüren zum Nachlesen: Lenin und die Bilanzen der Monopolisten, der Deutschen Bank & Co - was die Staatsverschuldung auf der einen Seite ist, sind die Forderungen der Herrschenden auf der anderen Seite!

Lenin schreibt über den Staat: „Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingt eine Diktatur der Bourgeoisie.“

Doch die Staatsverschuldung im Inland ist nicht real, sondern fiktiv, die Monopolisten in diesem Land werden den Teufel tun und ihrem eigenen ideellen Gesamtkapitalisten den Bankrott erklären. Sie brauchen den Notstand der Republik, den Bruch des Potsdamer Abkommens und eine Bundeswehr gegen streikende Arbeiter, denn sie wissen es, was es heißt, wenn die Arbeiter ihre Lage erst einmal erkannt haben.

Es ist also nicht die Staatsschuld an und für sich, die die Verhältnisse ins Wanken bringt, sondern es ist die Gläubigerseite, die der Imperialisten und ihre Konkurrenz untereinander. Es ist letzten Endes die Frage der Gewalt, durch Raub bei anderen Völkern seine Forderungen in Wert umzusetzen. Setzen wir beispielsweise die Staatsschuld Griechenlands mit der US-Amerikanischen gleich, so ähnelt die griechische doch eher einem Kindergeburtstag! Während Griechenland eine Staatsschuld von 140% des BIP aufzuweisen hat, sind es in den USA satte 1200%! Real dagegen sind die Staatsschulden gegenüber ausländischen Kapitalgebern. Die hochverschuldeten Staaten sind gezwungen, ihren Nationalreichtum zu verschleudern, zu privatisieren und zu liquidieren. Die Ausplünderung des griechischen Volkes zur Zinseintreibung für deutsche und französische Banken zeigt jedem, wie unersättlich und brutal die Imperialisten sind. Als „Berater“ der griechischen Regierung diktierte Deutsche-Bank-Chef Ackermann den Hungerkurs. Die Löhne der Arbeiter wurden zwischen 30% und 50% gekürzt! Kinder fallen in den Schulen wegen Unterernährung ins Koma.

Die Sozialkassen des Volkes sind geplündert, weil an die Deutsche Bank & Co. Zinssätze bis zu 25% gezahlt werden müssen, über hunderttausend Staatsbedienstete werden entlassen, die Arbeitslosigkeit steigt und mit ihr die Verelendung eines ganzen Volkes. Die Wirtschaftsleistung Griechenlands ist mittlerweile auf das Niveau der s.g. „dritten Welt“ herabgefallen, so die SZ. Und je weniger dem Volk noch geraubt werden kann,

desto mehr holen sich die deutschen Banken direkt das Eigentum griechischer Kapitalisten: Telefongesellschaften, Flughäfen, Krankenhäuser, selbst Schürfrechte für Gold stehen auf der Enteignungsliste der deutschen Monopolisten.

Zurück zum Feudalismus und das große europäische Fressen

Die Schuldnerstaaten, es ist bei weitem nicht nur Griechenland, können ihre gesamtgesellschaftlichen Aufgaben weniger wahrnehmen als je zuvor. Entwickelte der Kolonialismus noch Produktionsstätten und ein Proletariat durch den Bau von Verkehrswegen und Bergwerken etc., so schlägt der Imperialismus das alles kurz und klein – nicht mit Kanonen, sondern über die Währung und mittels Staatsschulden. Ökonomisch gesehen finden sich diese Länder immer mehr in das Stadium des Feudalismus zurückgeworfen und werden zum Protektorat.

Doch was des deutschen Imperialismus Vorteil, kann schnell zu seinem Nachteil werden: Die Anzeichen mehren sich, die Furcht des deutschen Kapitals wird sichtbarer, dass ihr „Blitzkrieg“ des Raubs zu Ende geht. Denn die nationalen Kapitalisten der Euro-Staaten samt ihrer Regierungen sind immer weniger in der Lage, ihrem Volk den deutschen Sparzwang zur Ausplünderung nationaler Ressourcen weiter aufzuzwingen. Ein deutscher, fiskalpolitischer Pakt, gemeinsam mit Frankreich im Europäischen Rat eingebracht, soll nun den vergangenen und den zukünftigen Raub sichern, von dem der polnische Ministerpräsident Donald Tusk sagte, „... er sei sich nicht sicher, ob sein Land zu den Gästen gehört oder Teil des Menüs sei. Bei diesem großen europäischen Fressen sitzen die einen am Tisch und die anderen finden sich auf der Speisekarte wieder. Polen muss mit am Tisch sitzen“.

Was verlangt dieser Fiskalpakt?

Das Anliegen des deutschen Imperialismus mit diesem fiskalischen Abkommen bricht nicht nur internationales Recht, den Lissaboner Vertrag, sondern stellt sich als kalter Staatsstreich gegenüber der bürgerlichen Demokratie und ihrem Parlamentarismus dar. Der deutsche Imperialismus verlangt nicht weniger, als dass die Parlamente der anderen 16 Euro-Staaten ihre Souveränität in Haushaltsfragen aufgeben und ihren nationalen Etat dem deutschen Zugriff preisgeben. Ein bürgerliches Parlament aber, das die Volkssteuern nicht mehr kontrolliert, ist ein geköpftes und entmachtetes Parlament.

Was ist der Ausweg?

Die Steuerzahler, das Proletariat, die Bauern und die Angestellten haben kein eigenes Interesse daran, dass die vorhandene Staatsschuld abbezahlt wird oder sich verkleinert. Denn jede Verkleinerung der schon angehäuften inländischen Schulden des Staates macht die Finanzoligarchie durch die Aneignung eines weiteren Teils des Nationaleinkommens noch reicher. Die Haltung des Proletariats kann nur sein: Die Finanzkapitalisten sollen auf ihren Staatsanleihen sitzen bleiben! Keine weitere Zahlung von Seiten des Staats an die Gläubiger! Verweigerung der Zinszahlung an die Banken!

Nichts anderes raten wir auch den kleinen und geschröpften Schuldnerstaaten der BRD. Keine weitere Ausplünderung des Volkes in der BRD, keine weitere Ausplünderung der geknechteten Völker anderer Länder durch die BRD. Soll dieser Staat doch plitegehen, es trifft nur die Kapitalisten. Aber nur

dann, wenn die Arbeiterklasse den Kampf gegen die erneute und erweiterte Umverteilung zuungunsten der Monopolisten aufnimmt. Die zwei Billionen Staatsschulden kann niemand mehr abbezahlen. Dazu müsste jeder Arbeiter über 20 Jahre arbeiten und den gesamten Lohn an die Banken überweisen! Warum sollen das Proletariat, die Bauern und Angestellten weiter verarmen, nur um den deutschen Banken Profite in die Kassen zu scheffeln, die sie dann in Form von weiteren Anleihen dem Staat aufzwingen, um dann wiederum die Werktätigen die vergrößerten Staatsschulden begleichen zu lassen?

Wir verlangen deshalb den deutschen Staatsbankrott, um der herrschenden Klasse zu verunmöglichen, die Arbeiter- und Volkssteuern für die weitere Militarisierung, für den Ausbau des Notstands der Republik gegen das Volk einzusetzen, die Banken zu retten und zugleich die Staatsverschuldung der anderen Länder zu vergrößern.

Doch wird die Staatsschuld bei einem deutschen Staatsbankrott die deutsche Bourgeoisie nicht los. Ihre zwei Billionen Schulden bleiben ihr. Und erst recht bleiben ihr die verdammt Reparationsschulden in unschätzbare Höhe, da kann der deutsche Geschichtsrevisionismus noch so viel versuchen vergessen zu machen, was nicht zu vergessen ist!

„Was wirklich seltsam ist, ist die Kürze des deutschen kollektiven Gedächtnisses.“ wundert sich der britische Guardian zu Recht. Da wundert es noch viel weniger, wenn in einem Spiegelonline-Interview zu lesen ist: „Wenn die Stimmung im Land (in Griechenland) umschlägt, alte Forderungen nach Reparationszahlungen laut und auch von anderen europäischen Staaten erhoben werden und Deutschland diese je einlösen muss, werden wir (die Deutschen) alle bis aufs Hemd ausgezogen.“ Bevor wir uns aber auf die Stimmung anderer verlassen, sollten wir lieber selber dafür sorgen, dass uns das Hemd ausgezogen wird!

Die Forderung nach dem deutschen Staatsbankrott ist die Forderung einer Einheits- und Volksfrontregierung Die Streichung der Zinsen an die Deutsche Bank und Co. wird weder die Merkel-Regierung noch irgendeine andere Regierung des Großkapitals umsetzen.

Was liegt also auf der Hand?

- a.) das Elend ist schlimm und muss bekämpft werden,
- b.) der Sozialismus würde es richten.

Es ist das Elend der spontanen Kämpfe in den Ländern Europas, in denen sie geführt werden, dass die Revolutionäre in ihnen nur diese zwei Antworten auf das Elend der Weltwirtschaftskrise kennen. Aber eben genau darum, wie man vom einen zum anderen kommt, geht der Kampf um den deutschen Staatsbankrott und gegen die Regierung der deutschen Bank und Co. Die Schwäche der Arbeiterbewegung selbst, ihre Spaltung erfordern eine Einheits- und Volksfrontregierung. Die KPD schrieb auf ihrem 8. Parteitag 1923: „Die Arbeiterregierung ist keine ‚vereinfachte Revolution‘ oder ‚Ersatzdiktatur‘, die den Widerstand des Bürgertums mildert und deshalb für die Reformisten annehmbar ist, sondern eine Periode des heftigsten Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie, die freiwillig keinen Fußbreit Boden abtreten wird. In diesen Kämpfen zur Überwindung der Widerstände der Bourgeoisie wird die Arbeiterregierung gezwungen werden, den Rahmen der

Demokratie zu überschreiten, zu diktatorischen Maßnahmen überzugehen, und alle geschichtliche Erfahrung der Klassenkämpfe lehrt, dass die Widerstände der Bourgeoisie nur mit Gewalt gebrochen werden können.“

Es ist die Einheit der Arbeiterklasse als Antwort auf das deutsche Diktat über Europa: „Die Einheit ist für die Arbeiter tatsächlich notwendig. Und am notwendigsten ist es, zu begreifen, dass außer den Arbeitern selbst ihnen niemand die Einheit ‘geben‘ wird, niemand imstande ist, ihnen zu ihrer Einheit zu verhelfen. Man kann die Einheit nicht ‘versprechen‘ – das wäre leere Prahlerei, Selbstbetrug: man kann die Einheit nicht aus einer ‘Veränderung‘ von Intellektuellengruppchen ‘schaffen‘ – das ist der jämmerlichste, naivste und gröbste Irrtum,“ schrieb Lenin.

„Auf was kommt es gegenwärtig an?“ fragte Clara Zetkin die Kommunistische Internationale 1924, kurz nachdem in Sachsen und Thüringen eine Einheitsfrontregierung zwar von der Reaktion niedergeschlagen wurde, trotz aller Fehler aber dennoch bewies, wie notwendig es ist, als Vorstufe zur proletarischen Revolution die Einheit der Arbeiterklasse in der Einheitsfront anzustreben. Ihre Antwort lautete: „Dass wir uns vollständig klar darüber sind, Einheitsfront bedeutet eine Kampfgemeinschaft aller Proletarier, ohne Unterschied der Partei, der Gewerkschaftsorganisation, ohne Unterschied, ob organisiert oder unorganisiert; eine Kampfgemeinschaft von Arbeitern, die, als Proletarier, als Rebellen wider die Kapitalistengewalt in Wirtschaft und Staat kämpfend, zusammengehören.“

Bei der Einheits- und Volksfrontregierung kann es jedoch niemals in erster Linie um eine parlamentarische Mehrheit gehen: „Die Arbeiterregierung kann nur kommen als Ausdruck revolutionärer Massenbewegungen. Wenn auch eine solche Arbeiterregierung eventuell von einem Parlament aus der Taufe gehoben wird, so muss sie doch stets das Kind revolutionärer Massenkämpfe sein. Aber weil sie das sein muss, erwarten die Arbeiter, die sie ins Leben rufen, von ihr auch revolutionäre Arbeiterpolitik.“

Und genau das, was Clara Zetkin hier feststellt, verlangt die Forderung nach dem deutschen Staatsbankrott:

Einstellung der Zinszahlungen an die Banken; Einstellung der Zinszahlungen anderer Völker an deutsche Banken und den deutschen Staat; Verwendung der eingesparten Milliarden für

dringend notwendige öffentliche Aufgaben; sofortiger Stopp der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung; Auflösung aller faschistischen Organisationen usw.! Mit der Forderung nach dem deutschen Staatsbankrott geht es also sofort ans Eingemachte, der Staatsbankrott greift die deutsche Bourgeoisie an.

Eine ähnliche Forderung sprach die KPD 1923 aus, als sie über die Regierungspolitik in Sachsen schrieb: „Alle Bestände an ausländischen Zahlungsmitteln und auf solche lautende Wertpapiere, ebenso alle Auslandsguthaben der in Deutschland ansässigen Personen und Unternehmungen, gleichgültig, ob sie auf deutsche oder fremde Währung laufen, sind, soweit sie einen zu bestimmenden Minimalbetrag übersteigen, mit Inkrafttreten dieses Gesetzes beschlagnahmt und unverzüglich an die Reichsbankstellen abzuführen. Jede Eigentumsveränderung an den beschlagnahmten Zahlungsmitteln und Guthaben ist nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ungültig.“

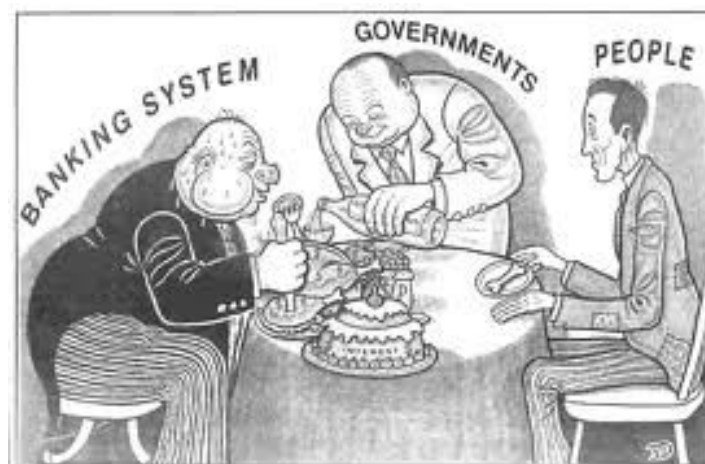
Es geht ans Eingemachte, und spätestens dann müssen die Arbeiter, die „...noch von dem Wahn, der neue Wein des revolutionären proletarischen Machtwillens könnte in die alten Schläuche der Demokratie gefüllt werden, nicht geheilt sind“ (Zetkin), erkennen, dass nur der Sturz der Bourgeoisie und die Zerschmetterung des alten Staatsapparates ein für alle Mal einen Schlussstrich ziehen können unter den Größenwahn der deutschen Bourgeoisie und ihr Diktat über Europa!

„Wenn die Demokraten die Regulierung der Staatsschulden verlangen,“ so Marx, „verlangen die Arbeiter den Staatsbankrott“.

An der Stelle möchten wir enden, aber nicht einfach so, sondern mit Lenin: „Wohin man auch blickt, auf Schritt und Tritt findet man Aufgaben, die sofort zu lösen die Menschheit durchaus imstande wäre. Der Kapitalismus aber steht hindernd im Wege. Er hat die Berge von Reichtümern angehäuft – und die Menschen zu Sklaven dieses Reichtums gemacht. Er hat komplizierteste Probleme der Technik gelöst – jedoch die Verwirklichung technischer Verbesserungen infolge des Elends und der Unwissenheit von Millionen, infolge des engstirnigen Geizes einer Handvoll Millionäre gehemmt. Die Zivilisation, die Freiheit und der Reichtum im Kapitalismus erinnern an den Reichen, der sich überfressen hat, bei lebendigem Leibe verfault und nicht leben lässt, was jung ist.

Aber das Junge wächst und wird siegen, trotz alledem.“

(Johann und Jan)



AKTIONEN gegen den Notstand der Republik

Internationale Antikriegsaktion Klassenkampf statt Weltkrieg

Treffen der Unterstützer der internationalen Aktionseinheit

Als Jugendaktionsausschuss "Notstand der Republik" hatten wir im Mai letzten Jahres den Zug der internationalen Antikriegsaktion "Klassenkampf statt Weltkrieg" unterstützt. Zusammen mit über 100 Mitkämpfern, organisiert und unorganisiert, aus der Tschechischen Republik, der Republik Polen, der ehemaligen DDR und der BRD, machten wir auf unserem Weg von Berlin über Leipzig, Dresden, Prag und Gdańsk auf die Kriegsgefahr des größer gewordenen Deutschlands und die Bedrohung gerade auch der Nachbarländer durch den deutschen Imperialismus aufmerksam.

In der angeschlossenen DDR sahen wir die Menschen in ihrer Mehrheit geduckt und die blühenden Landschaften zwischen den verfallenen Fabriken in den Städten und Hallen der landwirtschaftlichen Kombinate und Produktionsgenossenschaften.

In Prag sahen wir, wie die deutschen Monopole zunehmend den Handel beherrschen. Mit eigenen Augen konnten wir sehen, wie selbstverständlich es für die Bundeswehr schon wieder ist, in Polen in Uniform zu marschieren. Mit eigenen Ohren konnten wir Berichte polnischer Menschen hören, die von der Jagd auf Jugendlichen durch die deutsche Polizei in ihrem Land berichteten

In Prag sahen wir aber auch die geballten Fäuste und das Winken, womit uns sehr viele Menschen gerade in den Neubausiedlungen begrüßten. Zusammen mit jungen Kommunisten aus Tschechien und Polen standen wir auf dem letzten der fünf Wagen, lernten voneinander Lieder und berichteten uns gegenseitig über unsere Länder und Aktionen und trommelten, was das Zeug hielt, wenn es durch die Städte ging, damit der Zug nicht zu überhören war. Kurz vor Gdańsk lud uns

ein Bürgermeister einer Stadt ein, auf der Rückfahrt einen kurzen Halt für eine Kundgebung zu machen. Was wir gerne taten.

Kurz: Wir lernten viel und vor allem praktisch, sowohl wie weit der deutsche Imperialismus schon wieder ist, als auch, was es heißt und wie wichtig es ist, gemeinsam über Ländergrenzen den Kampf dagegen aufzunehmen - und auch wenn wir heute noch wenige sein mögen.

Daher nahmen wir im Januar die Einladung des Aktionsbüros "Das Begräbnis oder DIE HIMMMLISCHEN VIER" - welches auch das Aktionsbüro des Zuges war - zu einer gemeinsamen Arbeitskonferenz mit den Unterstützern des Zuges zur Beratung der internationalen Antikriegsaktion im Januar gerne an.

Die Erklärung der Konferenz ist nachfolgend dokumentiert. Auch die KP Polens, von der kein Vertreter an dem Treffen teilnehmen konnte, hat diese nachträglich unterzeichnet.

P.S.: Auf www.himmlischevier.de gibt es ein gutes Tagebuch des Zuges zu sehen. Klickt Euch durch. Es lohnt sich. So wie sich übrigens auch das Treffen im Januar nicht nur wegen der gemeinsam getroffenen Beschlüsse und dem Wiedersehen von Vertretern der internationalen Unterstützer gelohnt hat. Sondern weil das Treffen nebenbei auch zu einer Schulung über die Auseinandersetzung in der internationalen Arbeiterbewegung und die Geschichte der ehemaligen sozialistischen und volksdemokratischen Länder wurde.

(Wuide)



Erklärung

Die Teilnehmer der Zusammenkunft am 28./29.1.2012 in München sehen sie als erste von mehreren internationalen Treffen nach der Aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ an, die einer mehrjährigen Fortsetzung der Aktion dienen sollen.

Zunächst soll noch in diesem Jahr eine Veranstaltung am Jahrestag des „Münchener Abkommens“ von 1938 in dem Gebäude stattfinden, in dem das Abkommen geschlossen wurde, dem früheren „Führerbau“, der heutigen Hochschule für Theater und Musik in München. An ihr sollen Repräsentanten aus der tschechischen Republik, aus der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland teilnehmen.

Im Jahr darauf, im Jahr 2013, soll zum 75. Jahrestag des schändlichen „Münchener Abkommens“ der Aktionszug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ von München nach Prag ziehen. Nach Möglichkeit schon getragen von einer Aktionseinheit aus der tschechischen Republik, der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland.

Zum 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs, also im Jahre 2014, soll der Aktionszug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ in Gdansk starten und über Warschau durch die Republik Polen ziehen. Wiederrum getragen von der Aktionseinheit aus den drei Ländern.

Die Teilnehmer der Zusammenkunft am 28./29.1.12 in München nehmen diese mehrjährige Planung im Bewußtsein in Angriff, □ - daß zwischen dem „Münchener Abkommen“ von 1938 und dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 ein unmittelbarer Zusammenhang besteht, - die tschechische Republik und die Republik Polen heute wieder vom deutschen Imperialismus ökonomisch und politisch infiltriert sind, - und im Gefolge der andauernden Weltwirtschaftskrise die Gefahr wächst, daß die Imperialisten auf einen neuen Weltkrieg zusteuern. Davor will und soll die internationale Aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ warnen, die Völker

der tschechischen Republik, der Republik Polens und die anderen vom deutschen Imperialismus bedrohten Völker. Und sie will und soll die Menschen in der BRD selbst davor warnen, sich wieder in den Krieg gegen andere Völker schicken zu lassen. Die Aktion und ihre Vorbereitung dienen damit unmittelbar der Völkerfreundschaft und stehen in der großen Tradition des proletarischen Internationalismus.

München, 29.1.2012

BRD incl. annektierter DDR:

Aktionsbüro „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“

Heinz Klee *Leiter des Aktionsbüros, Delegationsleiter*, Stefan Eggerdinger, Henrich Rosenfeld

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Helge Sommerrock *Exekutivkomitee des Zentralkomitees, Delegationsleiter*

Arbeits- und Koordinationsausschuß der ersten Arbeiter- und Gewerkschafter- Konferenz gegen den Notstand der Republik

Ingo Franke *Delegationsleiter*, Roman Münzer, Paul Packulat

Freie Deutsche Jugend

Julia Nanninga *Zentralrat, Delegationsleiter*, German Lolajew

Jugendaktionsausschuß Notstand der Republik

Michael Wildmoser

Revolutionärer Freundschaftsbund

Gerd Hommel *Vorsitzender*

Tschechische Republik:

Klub des tschechischen Grenzlandes (Klub českého pohraničí)

Karel Janda *Vorsitzender des Nationalrats, Delegationsleiter*

Zbyněk Cincibus *stellv. Vorsitzender des Nationalrats*

Mgr. et Mgr. Stanislav Kvasnička *Mitglied des Nationalrats*

Kommunistischer Jugendverband (Komunistický svaz mládeže - KSM)

Ondrej Kazik *Mitglied des Zentralrats*

Soldaten gegen den Krieg (Vojaci proti válce)

Generál Ing. Michal Gondek *Mitglied der Republikleitung der Bürgervereinigung Soldaten gegen den Krieg*

Präsidium: Thomas Schmitz-Bender (*Leitung*), Heinz Klee

Die Erklärung wurde nach dem 29. Januar von den Leitungsorganen aller Organisationen, die Delegierte zu der Konferenz entsandt hatten, gebilligt und zur Grundlage ihrer weiteren Tätigkeit erklärt.

Das Feuer, das sie löschen wollen, nähren sie selber

Ein Film – ein Panoptikum – eine Kollage?

Auf jeden Fall ist es erst mal wie ein Film, den man sich auf dem Fernseher oder der Leinwand ansieht. Aber zurücklehnen und berieseln lassen, das wird bei diesem Film schwer. Denn er ist ungewöhnlich. Und er stellt Fragen. Er trennt vermeintlich Zusammenhängendes, und fügt vermeintlich Getrenntes zusammen: die Einheitsfeier am 3. Oktober 2011 in Bonn und die Oder-Überquerung des Antikriegszugs „Klassenkampf statt Weltkrieg“; Frau Merkel auf einer V2-Rakete und Arbeiter und Jugendliche mit roten Fahnen; Leipzig 1989, die Reichskriegsflagge und

eine FDJlerin, die Fragen stellt; August 1968 in Prag und die Blechtrommel von Günter Grass; die Dresdner Frauenkirche und die Rettung jüdischer Bürger. Er fragt: Wo liegt der Beginn der gefährlichen Sorglosigkeit und wie dringend ist die internationale Aktionseinheit gegen den dritten Weltkrieg!

Kurz: Ein Film, der sich lohnt, zu sehen – ein Film, der nicht undiskutiert bleiben kann – ein Film, mit dem der Kampf um die internationale Aktionseinheit weitergeht. Zu bestellen: unliterarisch@t-online.de

(Anna)

ANKÜNDIGUNG:

**Internationale Veranstaltung der Aktionseinheit „Klassenkampf statt Weltkrieg“
Am 29. September in München, zum Jahrestag des Münchner Diktats im ehemaligen „Führerbunker“,
der heutigen Musikhochschule**

Wenn in Großbritannien und anderswo gesagt wird, dass „Deutschland“ ohne Waffengewalt erreicht, was Hitler noch nicht schaffte, die Herrschaft in Europa, dann besagt das nur, dass näher rückt, was nicht ohne Waffengewalt entschieden werden kann: der Kampf darum, wer die Welt beherrscht.

Und was sich schon einmal zeigte: Am 29. September 1938 begann mit dem sogenannten „Münchner Abkommen“ der Marsch in den 2. Weltkrieg. Es wurde als Werk des Friedens gefeiert. Aber für wahre Friedensfreunde war dieses Diktat die eigentliche Katastrophe. **Immer drängender stellt sich heute die Frage, wer sich was von Deutschland gefallen läßt.**



Und auf wessen Seite wir stehen wollen, wenn der Krieg näher rückt: auf der Seite unserer Herren oder auf unserer eigenen Seite, die auch die Seite der anderen Völker ist.

Deswegen findet diese internationale Veranstaltung am Jahrestag des „Münchner Abkommens“ statt, am Samstag, den 29. September, in jenem ehemaligen „Führerbau“, unter dem Motto „Klassenkampf statt Weltkrieg“. Als Auftakt für eine internationale Antikriegsaktion, die im nächsten und übernächsten Jahr unter diesem Motto von der BRD und der annektierten DDR wieder in die Tschechische Republik und Polen führen wird.

Dort werden wir hören und sehen vom Kampf in der Tschechischen Republik, der Republik Polen und hierzulande für eine Zukunft in Frieden, und was dafür nötig ist.

Von diesem Kampf, der ein gemeinsamer ist und davon, warum wir Jugendliche gerne vaterlandslose Gesellen sind. Lasst es euch nicht entgehen, daran teilzunehmen! Kämpft mit in der internationalen Aktionseinheit! Fahrt mit!

Busse werden fahren von: Bremen, Hamburg, Köln, Frankfurt, Nürnberg, Regensburg.

(Anna)

Blohm+Voss ist überall

Über eine Antikriegsaktion auf einer Rüstungswerft und die folgende Auseinandersetzung vor Gericht

- oder -

Wie man es mit dem Kapital und seinem Staat aufnehmen kann



Verdatterte Werksschützer, ratlose Ermittler, fliehende Richter, Vorstandsvorsitzende als geladene Zeugen und viele Schlagzeilen; diese Aufzählung wäre ein mögliches, wenn auch sehr kurzes Resümee unserer Aktion. Eine der größten Rüstungswerften wurde geentert und vor Gericht wurde so manches Verfahren eingestellt und das ein oder andere Bußgeld um mehrere hundert Euro gesenkt. Dieser Bericht soll aber nicht groß über die Erfolge einer Kampagne informieren, sondern vor allem über all das, was wir dabei gelernt und falsch gemacht haben. Denn, wie der Titel „Blohm+Voss ist überall“ schon sagt, sind wir erstens noch gar nicht durch mit dem Thema und zweitens sind wir schließlich nicht

die Einzigen, die solche und ähnliche Aktionen machen.

Aber von Anfang an: Am 23. und 24. Oktober 2010 fand das IV. Jugendaktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik in Hamburg statt, an dem Jugendliche aus verschiedenen Städten und unterschiedlichen fortschrittlichen Organisationenteilnahmen. Wir haben uns über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die Kriegsgefahr, die sogenannte Bundeswehrreform und mögliche Auswege aus diesem Kreislauf von Krise, Krieg und Barbarei informiert. Am Samstagnachmittag führten wir eine Kundgebung auf den Landungsbrücken unter dem Motto: „Unsere Zukunft ist nicht Krise,

Krieg und Barbarei – Klassenkampf statt Weltkrieg – Für die internationale Solidarität“ durch. Acht Aktivisten entrollten am gegenüberliegenden Dock der Rüstungswerft „Blohm+Voss“ ein 80m² großes Transparent mit eben dieser Losung. Mit roten Fahnen und dem Ruf „Hoch die internationale Solidarität“ grüßten sie die Kundgebung. Nachdem das Transparent eine Zeit lang dort gehangen hatte, tauchte der Werkschutz auf und begleitete die Aktivisten vom Werksgelände. Soweit der ganz nüchterne Bericht über die Aktion selbst. Die Landungsbrücken in Hamburg sind zwar einer der Anziehungspunkte für Touristen und im Oktober noch mäßig bevölkert, aber die Aktion wäre wohl kaum bekannt geworden, wenn Blohm+Voss, bzw. ThyssenKrupp Marine Systems nicht den Fehler gemacht hätte, uns anzuzeigen. Die Anklage lautete:

Sie werden beschuldigt, in Hamburg am 23.10.2010 gemeinschaftlich widerrechtlich in das befriedete Besitztum eines anderen eingedrungen zu sein, indem Sie im bewussten und gewollten Zusammenwirken aufgrund eines gemeinsamen Tatplanes[...] auf das Werftgelände der Firma Blohm+Voss [...], das landseitig durch einen 2,5 Meter hohen Metallzaun mit Übersteigschutz (Y-Stacheldraht) eingefriedet ist, auf unbekannte Art eindringen[...]und an der Wasserseite des Docks ein Banner mit der Aufschrift: „Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei Klassenkampf statt Weltkrieg Für die internationale Solidarität“ befestigten.

Strafe für alle Beteiligten: Zusammen 6500 €, oder 260 Tage Gefängnis, falls die Strafe nicht bezahlt wird.

Anfangs waren wir weit davon entfernt, die Strafbefehle als eine willkommene Gelegenheit zu betrachten, die Aktion fortzuführen, im Gegenteil, wir waren zunächst über die hohen Summen erschrocken. Wir neigten sogar dazu unsere Niederlage gegen Staat und Kapital hinzunehmen und zu zahlen. Dass wir nach Eingang des ersten Strafbefehls nur zwei Wochen Zeit zum Überlegen hatten, hat uns die Sache nicht gerade erleichtert, dass wir von Regensburg bis Bremen auf fünf Städte verteilt wohnen auch nicht gerade. Nach längerer Diskussion beschlossen wir aber doch, nicht zu zahlen und vor Gericht zu gehen, um Blohm+Voss anzuklagen. Es war also ganz klar eine politische und keine juristische Entscheidung. Wir haben mehr damit gerechnet, dass wir verlieren und uns das teurer zu stehen kommt. Deswegen haben wir zwei Genossen davon ausgenommen. Aus „taktischen“ Gründen. Das war ein Fehler, der uns übrigens verhältnismäßig teuer zu stehen kam, denn, um dies vorweg zu nehmen, alle, die Widerspruch einlegten, kamen mit einer kleinen Spende von 100€, bzw. einer geringfügigen Summe auf Bewährung davon. Für die beiden Genossen, die wir ausgenommen hatten, mussten wir hingegen über 2000€ hinblättern - tolle Taktik!

Nachdem wir Widerspruch gegen die Strafbefehle eingelegt hatten und unter dem Motto „Kriegsverbrecher Blohm+Voss hinter Gitter! Kommt zum Prozess seiner Gegner!“ eine Solidaritätskampagne zu organisieren begannen, kamen schon die ersten Prozesstermine. Unser Antrag auf Zusammenlegung war abgelehnt worden. Den ersten Termin einer Genossin konnten wir nicht mehr verschieben, er endete mit einem niedrigeren Bußgeld auf Bewährung, wogegen wir aber Einspruch einlegten. Beim zweiten Termin wurden immerhin drei von uns zusammengelegt.



Die Kampagne war angelaufen und der Saal so voll, dass wir sogar den Richter überreden mussten, auch die Zeugenbank für das Publikum freizugeben.



Die drei Angeklagten im Gerichtssaal

In ihren Stellungnahmen machten die Angeklagten deutlich, dass nicht sie, sondern der Kriegsverbrecher Blohm+Voss hinter Gitter gehört, was mit Applaus vom anwesenden Publikum begrüßt wurde. Diesen untersagte der Richter und drohte sogleich mit dem Rausschmiss des Publikums. Nach der zweiten Einlassung wurde wieder applaudiert, worauf der Richter alle aufforderte, den Saal zu verlassen. Keiner rührte sich, auch nicht als die Gerichtspolizei kam. Der Richter, dessen Autorität mehr als angeknackst war, wusste sich nicht mehr anders zu helfen, als die Räumung des Gerichtssaals zu veranlassen, welchen er auf der Stelle selbst verließ. So alleingelassen nutzten wir die Räumlichkeiten für eine kleine Veranstaltung und verlasen eine ganze Reihe Solidaritätsadressen. Nach ca. 45 Minuten war die, vom Richter angeforderte Bereitschaftspolizei aus Alsterdorf angerückt und der Gerichtssaal umstellt.

Die Zuschauer beharrten weiter darauf, dass politische Prozesse nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden dürfen. Die anwesende Presse hatte auch Verstärkung angefordert, in Form von Photographen. Der verschwundene Richter stand nun vor der Wahl, entweder vor den Augen der Öffentlichkeit seine Sache durchziehen und die Leute gewaltsam aus dem Saal entfernen lassen oder nachgeben. In Anerkennung seiner Niederlage bot der Richter von seinem Büro aus dann die Einstellung des Verfahrens gegen eine symbolische Zahlung von jeweils hundert Euro an eine gemeinnützige Organisation an. Die drei Angeklagten stellten dieses Angebot im Gerichtssaal zur Diskussion und es wurde von allen Versammelten mit Applaus angenommen. Einzelne überregionale Medien und so ziemlich jedes Käseblatt aus Hamburg berichteten anschließend über diesen Prozess.



Einem weiteren Genossen wurde anschließend vom Gericht vorgeschlagen dieses Angebot zu übernehmen, was dieser annahm, allerdings mit der sinnvollen Änderung, dass er nicht, wie die anderen an die Kinderhilfe spendete, sondern an den Verband der Häftlinge des ehemaligen KZ Neuengamme, aus dem damals viele Häftlinge auf der Blohm+Voss Werft zu Tode gearbeitet wurden.

Diese vier Urteile haben wir zunächst als Erfolg gewertet, der in erster Linie dem Publikum zu verdanken war. Allerdings waren wir in den Prozess mit der Fragestellung: „Was ist schon Hausfriedensbruch gegen den Bruch des Weltfriedens?“ gegangen und diese Frage lässt sich nur mit einem Freispruch befriedigend beantworten.

Der Kläger, bzw. der Angeklagte:

Blohm+Voss – Alter und neuer Kriegsverbrecher

Seit 1877 gibt es die Blohm+Voss Werft im Hamburger Hafen. Sie hat sich nie mit dem zivilen Schiffsbau begnügt, war schon nach dem zweiten Flottengesetz Hauptzulieferer der kaiserlichen Marine, aber ihre wahren Boomzeiten hatte sie in den Kriegen. Im 1. Weltkrieg bediente sich die Werft der Kriegsgefangenen, um die Produktion am Laufen und die Gewinne hoch zu halten. Danach folgten einige dürre Jahre. 1933 begrüßten die Firmeninhaber umso erfreuter die Machtübergabe an die Faschisten, weil sich durch die Kriegstreiberei der Nazis wieder Höchstgewinne abzeichneten. Um die dann wirklich einstreichen zu können, setzte Blohm+Voss zehntausende Zwangsarbeiter und hunderte Häftlinge aus dem KZ Neuengamme ein. 238 U-Boote für die Faschisten mussten gebaut werden. Und auch heute glänzt Blohm+Voss, das mittlerweile zu Thyssen Krupp gehört, wieder durch Kriegsproduktion, wie z.B. seit Mai 2011 durch den Bau der Fregatte 125 im Hamburger Hafen.

Nun blieb also nur noch die Bewährungsstrafe, gegen die wir Widerspruch eingelegt hatten. Und dieser Widerspruch führte nun zum Prozess vor der nächst höheren Instanz, dem Landgericht Hamburg. Auch diesmal war der Gerichtssaal überfüllt, viele kamen nicht mehr rein und mussten den Prozess via Berichterstatte verfolgen, die abwechselnd raus kamen. Diesmal schlugen wir im Vorfeld alle Angebote aus und bestanden auf Freispruch. Die Richterin am Landgericht wollte es sich eigentlich einfach machen: Verletzung des Eigentums ist in diesem Land verboten! So klar war der Fall aber doch nicht. „Hätten andere vor mir geltendes Recht und Gesetz eingehalten, wäre ich nicht in die Verlegenheit geraten, dieses Transparent aufhängen zu müssen“, so die Genossin vor Gericht. Blohm+Voss hat im Zweiten Weltkrieg an der Kriegsproduktion, am Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen, am Geschäft mit den deutschen Faschisten seine Millionen verdient. Dafür sind sie nie zur Verantwortung gezogen worden. Blohm + Voss verdient immer noch und immer mehr am Geschäft mit dem Krieg. Auch die Verteidigerin Gabriele Heinecke plädierte auf Freispruch. Nicht die Verletzung des Eigentums, sondern die demokratische, staatsbürgerliche Pflicht zur Warnung vor Krieg sei Thema der Verhandlung.

Beim Militärhistorischen Museum in Dresden



Bei MAN in München

Wem nicht die Springer-Presse oder ähnliches zur Verfügung steht, der muss sich auf anderem Wege Gehör verschaffen. Zur Klärung des Falls beantragten wir die Ladung von Sachverständigen und zwar die Leiter der belgischen, französischen und deutschen Freundeskreise der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zur Geschichte der Verbrechen des Unternehmens und den Vorstandsvorsitzenden der ThyssenKrupp-AG zur aktuellen Kriegsproduktion im Unternehmen. Der zwei Wochen später angesetzte Folgetermin wurde kurzfristig in einen anderen Saal verlegt. Dort war die Angeklagte vom Publikum durch eine dicke Scheibe getrennt und die Öffentlichkeit konnte nur über Mikrophone dem letzten Tag des Prozesses folgen, sofern diese benutzt wurden. Normalerweise ein Saal für die Verhandlung schwerer Verbrechen, aber seit Neustem gehören wohl auch Kriegsgegner in diese Liga. Sofort nach Wiederaufnahme stellte die Richterin klar, dass die Beweisanträge der Verteidigung abgelehnt werden. Ihr genügte vollkommen die Feststellung, dass formal das Hausrecht von Blohm+Voss gebrochen worden sei. Punkt. Das war die ganze Rechtsgüter-Abwägung der Frau Richterin. Nur noch einen Nebensatz ist es da wert, dass die Frau Staatsanwältin nicht einmal die Grundrechte beherrschte. Letztendlich wurde das vom Amtsgericht verordnete Bußgeld auf Bewährung bestätigt und

somit unser Widerspruch abgelehnt. Eigentlich hätten wir auch dieses Urteil nicht hinnehmen dürfen, haben aber ohne gute Entschuldigung die Frist verstreichen lassen.

Sei's drum, der Widerstand hat sich gelohnt, vor allem weil einer breiten Öffentlichkeit die Aktion und unsere Kampagne bekannt wurde. Die geführten Prozesse waren ein Erfolg, der nicht zuletzt durch die Solidaritätsbekundungen erkämpft werden konnte: von Gewerkschaften, z.B. der IGM Delegiertenversammlung, von VKs einzelner Betriebe, aus Jugendorganisationen, z.B. vom Bundes-SJ-Ring der Falken, bis hin zu einem handgeschriebenen Brief, auf dem einfach Chemnitzer Bürger unterschrieben haben. Durch die vielen Spenden hat sich die Kampagne komplett selbst finanziert und die Aktivisten sind nicht auf den Prozesskosten sitzen geblieben.

Wir haben daraus vor allem viel Mut geschöpft weiter zu machen. Um so mehr sich die Lage zuspitzt. Um so mehr mittlerweile auch in den Medien immer offener der große Krieg zwischen den Imperialisten als letzter Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise ins Spiel gebracht wird. Um so mehr der Staat sich dafür und gegen den Widerstand im eigenen Land rüstet. Um so mehr Mut braucht es. Die ganze Kampagne hat uns zumindest gezeigt, dass unser Gegner zwar mächtig, aber gewiss nicht unschlagbar ist. Eine Rüstungs-werft, die sich nicht gegen das Eindringen von ein paar dahergelaufenen Jugendlichen schützen

kann und ein Richter, der mit einem höflichen Applaus eines kleinen Publikums nicht klar kommt. Ja, eine ganze herrschende Klasse, die sich auf nichts mehr stützen kann, außer Gewalt und Zerstörung und ein System, das den ganzen Tag mit nichts anderem mehr beschäftigt ist, als seinen eigenen Untergang hinauszuzögern.

Deswegen muss die Kampagne „Blohm+Voss ist überall“ weitergehen. Die Aktion wurde bereits von anderen Organisationen aufgegriffen und mit unserer Unterstützung wiederholt. So tauchte unser viel zitiertes Transparent z.B. schon wieder in München vor dem Rüstungskonzern MAN und in Dresden vor dem Militärhistorischen Museum auf. Wir freuen uns über weitere Nachahmungen und überhaupt Unterstützung für den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik.

Zum Schluss noch ein Zitat zu Ernst Thälmann aus den Erinnerungen seiner Frau, die notiert hat:

„Immer ging der Weg nach dem Freihafen, bis an die St. Pauli-Landungsbrücken und den Elbtunnel. Immer wieder schaute er auf das Treiben im Hafen ... Er schaute aber auch auf die gegenüberliegende Seite, auf die Werften von Blohm & Voss, ... und sagte: „Das alles wird einmal den Arbeitern gehören.“

Weitere Informationen zu der Kampagne, wie Solidaritätsadressen, Pressartikel, Flugblätter und Berichte auf unserer Internetseite und in den Infobriefen: www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de

(Julia)

Blohm+Voss ist überall – auch in München!

So etwas hat es bei MAN noch nie gegeben: auf dem Werksgelände hing ein riesiges Transparent gegen den Krieg, einige Kollegen klatschten Beifall, äußerten lautstark Unterstützung, zückten ihre Foto-Handys um zu fotografieren und lauschten den revolutionären Liedern der Schalmeien auf dem Dach der MAN-Garage. Sie hatten verstanden um was es geht. München als Rüstungszentrum und MAN ist dabei. Nur nicht so offensichtlich, denn die Kriegsabteilung wurde nach Wien ausgelagert - doch die technischen Grundlagen entstehen hier. Die Ortsgruppe München des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD machte mit einem Extra des „Münchner Arbeiter“ auf diese Zusammenhänge aufmerksam und wurde dabei unterstützt von Mitgliedern der FDJ mit ihren Schalmeien und vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik, mit dessen Groß-Transparent er seine Kampagne

gegen die deutschen Rüstungsbetriebe weiterführte: „Blohm+Voss ist überall“! Und damit auch in München!



(Wolfgang)

Ein Aktionswochenende in Dresden und Leipzig

Die FDJ und der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik luden zusammen zu einem Aktionswochenende in Dresden und Leipzig ein.



Aktion des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik mit Unterstützung der Freien Deutschen Jugend, Dresden, 10. März 2012

"Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei. Klassenkampf statt Weltkrieg. Für die internationale Solidarität." ist eine Losung, die angesichts der Zustände in diesem Land eigentlich andauernd und überall zu sehen sein müsste. In jedem Fall aber hat sie dort zu stehen, wo der deutsche Militarismus sich in einem Museum darstellt: Im militärhistorischen Museum der Bundeswehr in Dresden. Denn dieses stellt Kriege dar, als wären sie unabwendbar. So kommt das Museum ganz ohne kriegslüsterne oder reaktionäre Sprüche aus und ist gerade dadurch ein Mittel der Erziehung zum Krieg, da es Krieg und Verwüstung zum Naturgesetz erklärt, zum Schicksal, das eben mal so oder mal so kommt. Alles wird dabei zu einer Kette von Ereignissen erklärt, ohne Ursache, ohne Verursacher. Alles ist eine Frage der Meinung. So wäscht sich der deutsche Militarismus rein, während er den nächsten Krieg vorbereitet. Was bleibt uns da anderes übrig, als dort hinzugehen und das zu sagen, was dort vergessen wird, zu

sagen: Zum Beispiel, dass es heute keine zwei Deutschlands mehr gibt, aber auf dem Boden des anderen Deutschlands ein von der deutschen Bundeswehr erbauter Militärtempel steht. Und dass dieser geschlossen und dem deutschen Militarismus der Krieg erklärt gehört! Daher wurde das Museum an diesem Aktionswochenende mit einem Transparent geschmückt: „Krieg dem deutschen Krieg!“ Auf dass der deutsche Militarismus eines Tages wirklich nur noch im Museum zu betrachten ist und nie wieder die Welt bedrohen kann!

Was man hierfür tun kann, wurde in zwei Veranstaltungen in Leipzig und Dresden vorgestellt: Wenn uns die Geschichte etwas lehren kann, dann das, dass der gemeinsame Kampf gegen den Krieg geführt werden muss. Denn erst durch das praktische Tun wird eine Einheit gegen den Krieg real. Und um ein solches Tun geht es bei der internationalen Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“.

(Anna)

German dictate over Europe means war! Never again!

Nicht zu übersehen war am 1. Februar-Wochenende während der Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz ein Transparent am Alten Peter in München. Gerade als die Demonstration auf dem Marienplatz Einzug hielt, entfaltete sich vom Turm auf ca. 100 m² die Losung "Deutsches Diktat über Europa heißt Krieg". Mit gut einem Dutzend Unterstützern des "Griechenlandbündnisses" von den Falken, der FDJ, dem Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik und dem Jugendsekretariat des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD hatten wir die Losung auf Englisch auch während der Demo getragen.

Dort hatte nicht nur die Losung selbst, sondern auch die Größe der Banner organisierende und agitatorische Wirkung gezeigt: Zum einen fand sich schnell ein Dutzend weiterer helfender Hände zum Tragen, nachdem wir die Losung erklärt hatten. Zum anderen kamen immer wieder Leute, die versuchten, die Losung in ihrer gesamten Länge zu erfassen. Denen halfen wir, indem wir ihnen unser Flugblatt gaben. Damit hatten wir unserer gemeinsamen Erklärung zumin-



dest eine erste kleine praktische Tat folgen lassen gegen das deutsche Diktat in Europa, das die Völker Europas wie auch uns selbst in den Krieg führt.

"Deshalb sagen wir: ‚Jugend kämpfe vereint gegen deinen größten Feind – den deutschen Imperialismus‘. Wir rufen jede Jugendorganisation, jeden Zusammenschluss von Jugendlichen auf, mit uns gegen deutsches Großmachtstreben zu kämpfen! Dafür wollen wir mit euch in Diskussion und Aktion treten. Diskutiert in euren Organisationen darüber, nehmt Kontakt zu uns auf und lasst uns gemeinsam kämpfen." [Auszug aus der Erklärung]

P.S.: Als die Polizisten dann nach ca. 20 Minuten unter Glockengeläut oben auf dem Alten Peter angekommen waren, fanden sie nur ein paar Touristen vor, die freudig den Menschen unten zuwinkten... Schließlich hatten die netten Studenten, die das Transparent aufgehängt hatten, ihnen ja erklärt, dass das für ihr Kunststudium sei und dort unten ihr Professor stehe.

(Michael)

Das Griechenland – Bündnis:

Dabei bei den Demos in Frankfurt am Main am 31. März und 18. Mai

Mit der Losung „Deutsches Diktat über Europa heißt Krieg“ und im Sinne unserer Resolution „Vereinigen wir uns gegen einen erneuten Krieg von deutschem Boden aus“ traten wir als „Griechenland-Bündnis“ auch in Frankfurt bei der M31 Demo und der internationalen Großdemonstration anlässlich von Occupy Frankfurt auf. Bei der M31 Demonstration hatten wir zudem noch Banner mit der Losung auf Englisch "German dictate over Europe means war" dabei. Vor allem von Teilnehmern aus anderen Ländern wurden wir darauf oft zustimmend angesprochen. Auf 3 Bahnen mit einer Länge von jeweils ca. 13 m geschrieben, halfen sie nicht nur, einen sichtbaren Block gegen den deutschen Militarismus zu bilden, sondern erwiesen sich genauso hilfreich als Schutz gegen das plötzliche und

brutale Vorgehen der Polizei gegen die Demo. Und so landete denn auch ein großer Teil von uns in einem über Stunden festgehaltenen Kessel oder wurde in Gewahrsam gebracht.

Als wir dann am 18. Mai erneut auftreten wollten, mussten einige von uns feststellen, dass sie – wie weitere 400 – ein Aufenthaltsverbot für die Stadt Frankfurt a. Main von Mittwoch bis Sonntag, also über vier Tage bekommen hatten – gegründet auf den Generalverdacht, dass man bei M31 eine Straftat begangen habe und eine solche wieder begehen würde. Bürgerlich-demokratische Grundsätze? Ohne Anklage bereits als schuldig erklärt? Zwar nahm das Polizeipräsidium die Aufenthaltsverbote zurück nachdem das Verwaltungsgericht Frankfurt auf zahlreiche Widersprüche gegen die Aufenthaltsver-



bote hin diese für nicht haltbar erklärt hatte. Das hinderte die Polizei aber mitnichten, dieselben Verbote zahlreich erneut auszusprechen. Versammlungsfreiheit? Das gab es nicht in diesen Tagen in Frankfurt am Main. Stattdessen wurde eine ganze Stadt faktisch zum Notstandsgebiet erklärt. Effektiver Rechtsschutz hiergegen? Nein. Das Verwaltungsgericht hielt es nicht für notwendig, das Gericht am Feiertag zu besetzen, obwohl klar war, dass dies

bedeuten kann und auch bedeutete, dass ausgesprochene Aufenthaltsverbotsverfügungen oder Inge-wahrsamnahmen an diesem Tag dann eben einfach bestehen bleiben. Bloccupy wurde zum größten Teil verboten, daran hatte selbst das Bundesverfassungsgericht nichts auszusetzen.

Mit dem Schutz der Versammlungsfreiheit und der Wahrung demokratischer Rechte hat das alles nichts zu tun. Und doch steht dies alles in einem größeren Kontext: Seit Jahren hat die BRD einen „Heimat-schutz“ aufgebaut, hierzu Reservisten der Bundes-wehr stationiert und mit sämtlichen Hilfsorganisatio-nen wie Feuerwehr und Rotes Kreuz verzahnt. Die Bundeswehr, die Polizei und die Hilfsorganisationen – sie üben sich täglich in so genannten „Katastroph-enschutz-Übungen“. Was diese Übungen wirklich sein sollen, hat Kriegsminister De Maiziere kürzlich klipp und klar gesagt: Aufstandsbekämpfungsübun-gen! Und diese Übungen machen längst nicht mehr an der Grenze Halt.

(Anna)

Nie wieder Europa unter deutschen Stiefeln ...

... stand auf einem Transparent der Regensburger Falken auf der DGB-Demonstration am 1. Mai als Antwort auf einen widerlichen, deutschen Schlachtmeister, der vier *pigs* vor sich her durch die Straßen trieb. Jedes der *pigs* hatte eine Fahne der PIGS-Staaten auf seinem T-Shirt. Noch scheinen die *pigs* – Portugal, Italien, Griechenland und Spanien – vom deutschen Schlachtmeister gejagt zu werden. Wie lange noch? „Hoch die internationale Solidarität“ schrie der ganze Block und noch einige mehr auf der Demo, da konnte auch die obligatorische Blaskapelle vornweg nichts mehr gegen ausrichten.

(Jan)



Mein lieber Herr Gesangsverein

Als „normaler“ Junge ändert sich mit der Pubertät sicherlich das ein oder andere, mindestens jedenfalls die Stimme. Das ist in den seltensten Fällen schlimm, immerhin ist eine männliche Stimme ein nicht unwesentliches Markenzeichen des „Erwachsenseins“. Doch damit - also der rauhen, dunklen Stimme - endet zumeist leider auch die Karriere eines Regensburger Domspatzen (Katholisches Gesangs-Elite-Internat).

Wie nun weiter? Eine gute Zukunftsmöglichkeiten bietet sich bei der Bundeswehr – eine gute Ausbildung, gesellschaftliche Anerkennung, ein todsicherer Job. Da sagt so mancher nicht nein. Daher rührt wohl auch das Interesse der Bundeswehr, eine Werbe-Veranstaltung zu organisieren.

Auch wir Antimilitaristen wollten uns diesen Vortrag des für die Region Regensburg zuständigen Jugend-

offiziers der Bundeswehr in der Arbeitsagentur nicht entgehen lassen.

Spannend klingt das, denn, wenn ich gut sehe und höre und auch sonst recht fit bin, kann ich sogar Taucher werden. Und schon in der Grundausbildung bin ich durchschnittlich mit ´nem Tausender dabei, ganz zu schweigen von den Zuschlägen bei Auslandseinsätzen.

Die ganze Veranstaltung endete damit, dass sich die Domspatzen zwar größtenteils weiterhin für die Kriegsmarine Bundeswehr interessierten und den-

noch anerkennen mussten, dass es nicht alle in diesem Land sind, die das Werben zum Morden für die Herrschenden widerstandslos hinnehmen.

Es blieb dem Jugendoffizier auch gar nichts anderes übrig, als einen recht dümmlichen Eindruck zu hinterlassen, denn dass seine Armee bei weitem nicht Krieg führt, um Frieden zu schaffen und selbst im Inneren gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden kann, dem konnte er schlicht nichts entgegensetzen.

(Jan)

Euer Stahlhelm passt uns nicht!

Neben dem Bundesnachrichtendienst (BND, militärischer Geheimdienst), der Bereitschaftspolizei (kasernierte Schläger) und dem Zoll (auch zuständig für Heimsuchungen von Erwerbslosen) durfte natürlich auch die Bundeswehr mit ihrem Stand auf der Messe „Azubi und Studientage“ am Samstag, den 17. März 2012 in München nicht fehlen.



Von verschiedenen Gruppen die sich im Antimilitaristischen Bündnis München zusammengeschlossen haben, wurde dieser mehrere Male angegriffen. So wurde er unter anderem mit einem Transparent „War starts here!“ und Sprechchören belagert. Es gab eine Putzaktion (Entsorgung von Bundeswehrwerbematerial). Auch ein Bundeswehrsoldat mit Deutschlandfahne und der Aufschrift „Mit uns für den Sieg im III. Weltkrieg!“, einen antimilitaristischen Regenschirm mit „Kriegstreiber in den Knast!“ und ein weiteres Transpi mit „Unsere Kinder nicht für euren Krieg! Klassenkampf statt Weltkrieg!“ befand sich bei einer weiteren Aktion im Einsatz.

Die Feldjäger (MP) fühlten sich als Hausherrn und die Polizei war, nachdem wir raus gebracht wurden, der Überzeugung, dass zwei Personen schon eine Versammlung darstellen, was wir ihnen so nicht durchgehen ließen.

(Michi)

Unerträglicher Zynismus der Bundeswehr BigBand

Antimilitaristen sorgen für heftige Reaktionen unter den Besucher des Bundeswehr-Konzerts.

Die Einnahmen des Konzertes der BigBand der Bundeswehr am 22.5. auf dem Odeonsplatz sollten zur Finanzierung der Special Olympics für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung gespendet werden. Ein Konzert der Bundeswehr zugunsten von Menschen mit Behinderung ist ein Hohn, angesichts tausender verkrüppelter Menschen, die es durch die Kriege der deutschen Armee auf der ganzen Welt gibt. Von den Toten ganz zu schweigen. Die Big Band der Bundeswehr kann sich mit noch so vielen Benefiz-Konzerten brüsten.



Sie ist und bleibt die musikalische Begleitung von organisiertem Tod, von Krieg und Elend. Zwei Unterstützer der Aktion Klassenkampf statt Weltkrieg stellten sich mitten unter die Zuhörenden mit einem Transparent „Unsere Kinder nicht für Euren Krieg!“ – Klassenkampf statt Weltkrieg - und einem Regenschirm, auf dem zu lesen war: „Kriegstreiber in den Knast“. Mitten unter den ca. 600, von 3000 erwarteten Leuten, wollte wohl die Polizei dann doch nicht eingreifen, gegenüber einem von uns erklärte sie sogar: „Den Gefallen tun wir Euch nicht, euch hier abzuräumen.“ So konnten wir eine gute Stunde mitten im Publikum stehen und hatten viele Diskussionen.

Als dann der antimilitaristische Regenschirm schließlich ganz im Rampenlicht eines Spotlights stand und so die Bühnenmitte verdunkelte (was zum Teil zu schallendem Gelächter führte), wurde es Veranstalter und Polizei doch zu bunt und sie räumten uns weg. Es ging zur Gefangenenammelstelle, wo unsere Personalien aufgenommen wurden, wobei einer mit Handschellen vom Platz gezerrt wurde und dann weiter in die Ettstraße, der Münchner Polizeifestung. Doch die Kriegsmusik konnte zumindest mit ein paar Misstönen gestört werden.

(Michi)

Philipp Müller - vor 60 Jahren und heute



Am 11. Mai 2012 jährte sich zum 60. Mal die Ermordung von Philipp Müller. Er kämpfte als FDJ- und KPD-Mitglied in den 50er Jahre zusammen mit anderen 10 000 Jugendlichen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Am 11. Mai 1952 sollte unter der Losung „Widersteht der Remilitarisierung! Jugend gegen Generalvertrag! Wir fordern Viermächteverhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands! Friedensvertrag statt Generalvertrag!“ eine Demonstration in Essen stattfinden. Fast 30 000 Jugendliche versammelten sich in Essen, darunter FDJler, junge Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Falken, Pfadfinder und Mitglieder christlicher Jugendorganisationen. Das kurz zuvor ausgesprochene Demonstrationsverbot bekamen die Jugendlichen nicht mit, da sie längst auf dem Weg nach Essen waren. Die Folge: Der Demonstrationzug wurde von der Polizei angegriffen, zunächst nur mit Knüppelschlägen, wenig später fallen Schüsse, drei Jugendliche werden getroffen, zwei von ihnen verwundet durch Schüsse

ins Bein oder an die Hüfte und einer starb, Philipp Müller. Heute spricht kaum einer mehr über den Mord an Philipp Müller. 60 Jahre ist es her, dass die reaktionäre BRD klar gemacht hat, dass sie wieder über Leichen gehen wird, um ihre Weltmachtsstellung zu erreichen.

Tatsächlich ist es heute wichtiger denn je, gegen Militarisierung und Krieg zu kämpfen. Unser Hauptfeind steht im eigenen Land, damals wie heute, und heißt deutscher Imperialismus. Deshalb waren wir, die FDJ, dieses Jahr zusammen mit anderen Jugendorganisationen am 11. und 12. Mai in Essen um gemeinsam gegen Militarisierung und Krieg zu kämpfen. Denn: Sein Kampf damals ist unser Kampf heute: Nieder mit der BRD! Stoppt den Kriegskurs! Sein Ziel ist unser Ziel: Sozialismus!



Doch unser Kampf scheint nicht allen Herren in der BRD zu schmecken. Schon 1951 wurde die FDJ per Regierungsbeschluss im Westen verboten, weil sie die politischen Verhältnisse der BRD verändern wollten und dieses Verbot besteht bis heute. Auch am 12. Mai 2012. Dies zeigt sich auf der Demonstration, anlässlich des 60. Jahrestags der Ermordung von Philipp Müller.

Nach Beendigung der Kundgebung, hielt die Polizei einen Großteil von Jugendlichen fest, um Ihre Personalien aufzunehmen, weil sie tatsächlich oder angeblich unter ihrer Jacke ein Blauhemd der FDJ trugen.

Was an diesem Tag geschah, hatte nichts mit dem bürgerlichen Gesetzbuch zu tun. Hier ging es einzig und allein darum, zu beweisen, wessen Staat dieser Staat ist und dass die Justiz, die von diesem Staat ausgeht, in den Händen der herrschenden Klasse liegt. Wir lassen uns nicht in die Illegalität drängen. Denn wir sind eine Organisation in zwei Ländern – der annektierten DDR und der BRD. Wir stehen in der Tradition der kommunistisch, sozialdemokratisch und christlichen Jugendlichen, die die FDJ während

des 2. Weltkrieges in ihren Exilländern gründeten, um vereint gegen den deutschen Faschismus und Krieg zu kämpfen. Wir stehen auch in der Tradition der FDJ, die in beiden Teilen Deutschlands gegen ein Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und gegen die Teilung Deutschlands kämpfte. Wir verurteilen das Verbot der FDJ in der BRD und fordern bis heute dessen Aufhebung. Die FDJ in der DDR wurde nie verboten, sie kämpft und existiert bis heute und hat ihren Hauptsitz in Ostberlin. Und dies ist vielleicht der einzige Vorteil, den wir aus der Niederlage und der Annexion der DDR ziehen können: Dass die deutschen Imperialisten gefälligst damit klar kommen müssen, eine legale FDJ gegen sich zu haben.

(Katrin)

„Klassenkampf statt Wahlkampf! Her mit dem deutschen Staatsbankrott“ im Ruhrgebiet:



Currywurst ist SPD! Ein Parlament löst sich selbst auf, weil es seine eigene Geschäftsordnung nicht kennt, eine Landesmutti wirbt mit Würsten um Stimmen für die Sozialdemokraten... Das aufgeführte Demokratie-Theater zu den Landtagswahlen in NRW – von der Haupt- bis zu allen Nebenrollen ein selten inhaltsleerer Wahlkampf – spottet jeder Beschreibung und jedem Wähler.

„Klassenkampf statt Wahlkampf! Her mit dem deutschen Staatsbankrott!“ - unter dieser Losung des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD mit Unterstützung des Arbeits- und Koordinationsausschusses der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik und des Jugendaktionsausschusses führen währenddessen Arbeiter und Jugendliche auf einem LKW durchs Ruhrgebiet gegen dieses Theater. Nicht der Stimmzettel, sondern die Organisation, nicht die zur Wahl angetretenen Parteien, sondern der Zusammenschluss der Unterdrückten und Ausgebeuteten sind die Lösung. Weder die unglaubliche Armut der Kinder, von denen 20 bis 30 % im Ruhrgebiet von Hartz IV leben, noch die illegalen Machenschaften der

Militaristen und Kriegstreiber in Verfassungsschutz, Bundeswehr und MAD, die in Köln/Bonn angesiedelt sind, wird eine neue Regierung beenden. Nichts von dem, was uns bedrückt, konnten wir abwählen; nichts von dem, was wir so drängend bräuchten, stand am 13. Mai zur Wahl. Und deswegen hat die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf“ auch nichts versprochen außer: Den Kampf zu organisieren, der von uns selbst geführt werden muss. Was die Aktionsteilnehmer auf ihrer Fahrt gesehen haben, waren Verelendung und Wut von Menschen, weil diese Menschen keine Arbeit mehr haben, nachdem das Ruhrgebiet die längste Zeit das industrielle Zentrum der BRD gewesen ist; weil ein großer Teil der Bevölkerung noch nicht mal das Wahlrecht besitzt, da dieser Staat ihnen höchstens ein Bleiberecht zuerkennt; weil eine Jugend dort groß wird, deren Perspektive im Habenichtsdasein oder dem Militär bestehen soll. Und da die neue Regierung daran nichts ändern wird und auch gar nicht kann, gilt heute nach wie vor im Ruhrgebiet und anderswo: Organisiere dich, alleine schaffst du's nicht!

(Lisa)

Aufführung „Mutter Courage und ihre Kinder“

„Das Stück ist heute kein Stück mehr, das zu spät gekommen ist, nämlich nach einem Krieg. Schrecklicherweise droht ein neuer Krieg. Niemand spricht davon, jeder weiß davon.“ (Bertolt Brecht, 1953)

„Mutter Courage“ lebt als Marketenderin vom Krieg und verliert deshalb ihre Kinder. Sie erkennt zusammen mit ihren Freunden und Gästen und nahezu jedermann das rein merkantile Wesen des Krieges: das ist gerade, was sie anzieht. Sie glaubt an den Krieg bis zuletzt. Es geht ihr nicht einmal auf, dass man eine große Schere haben muss, um am Krieg seinen Schnitt zu machen. (Brecht)

Am Ende leistet das letzte ihrer Kinder, die stumme Katrin, Widerstand und rettet eine Stadt vor den Soldaten – um den Preis ihres eigenen Lebens. „Mutter Courage“ aber zieht weiter dem Krieg hinterher, um wieder ins Geschäft zu kommen.

Mit dem Stück Mutter Courage und ihre Kinder hatten wir schon Premiere, im März 2012. Doch wir sind noch lange nicht fertig und wollen noch in vielen Orten auftreten. Denn in unseren Augen ist die Gefahr eines neuen großen Krieges nicht geringer geworden und wir wollen nicht einfach dasitzen und schweigen.

Ihr könnt uns in Eure Orte holen. Meldet Euch unter: Angela Kammrad, Nordstraße 367, 28219 Bremen, Tel.-Nr.: 04 21 /39 52 08

(Katrin)

Auszug aus einer Rezension:

„Kein Theater: Bertolt Brecht-Jugendprojekt & Agit-propgruppe „Roter Pfeffer“ spielen „Mutter Courage und ihre Kinder. Eine Chronik aus dem Dreißigjährigen Krieg“ [...]

Der Theater-Abend mit der „Mutter Courage“ vom „Roten Pfeffer“ war ein bewegendes Ereignis im Bürgerzentrum Vahr: der Saal ausverkauft! Auch keineswegs nur Grau- oder Weißhaarige im Publikum, sondern viele junge Leute, die mitgegangen sind und sich mit großem Beifall bei der Truppe bedankt haben. Dabei ist die Aufführung mit minimaler Ausstattung und mehr als bescheidenem Budget ausgekommen. Das karge Bühnenbild hatte dabei den entschiedenen Vorteil, dass man mehr auf den Text des Stückes achten musste und dass damit auch seine Botschaften tiefer dringen konnten: ein Antikriegs-Menetekel mit einer „Courage“, die trotz ihrer großen Schnauze bis zum Schluss in ihrer Torheit glaubt, sie könne mit dem Krieg „Geschäfte machen“ – und das, obwohl er schon ihre drei Kinder verschlungen hat.

Es bleibt die Hoffnung, dass diese Aufführung auch in Bremen noch oft gezeigt wird und dass viele junge Leute sie sehen: das Stück geht sie an. Auch ihre Sache, auch ihre Zukunft wird hier verhandelt.“

Bremen, 14. März 2012

Prof. Dr. Christoph Schminck-Gustavus (Professor für Rechtsgeschichte, Universität Bremen)



MATERIAL zum Notstand der Republik

Vom JAA herausgegebene Broschüren

Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin am 12. und 13. Mai 2007

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen
- Imperialismus
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit
- Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend

Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den Heimatschutz!
- Die Demonstrationen vom 3.11.07

Preis je Broschüre: 2,00€. Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an:
Info@Jugendkongress-NdR.de

Weitere Materialien vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik, sowie alle bisher erschienen Infobriefe befinden sich auf der Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de) und können von dort aus auch bestellt werden.

Fakten für die Einheits- und Volksfront - Gegen den Notstand der Republik

Heft 1 zum Staatsumbau 2006 bis Februar 2009

Eine vollständige Chronologie, Monat für Monat, des reaktionären Staatsumbaus und des Notstands der Republik von 2006 bis Februar 2009.

U.a.: Vom Notstand der Demokratie zum Notstand der Republik / Die Saat einer neuen Gestapo / G8 und der Notstand in Heiligendamm / Der Einsatz des Militärs gegen das eigene Volk soll in die Verfassung / Ein Kriegskabinett und die Entmachtung des bürgerlichen Parlaments / Föderalismusreform II / Gegen Demokraten helfen nur Soldaten.

Heft 2 zum Staatsumbau ab März 2009 bis heute

Erscheint in Kürze.

Beide Broschüren können bestellt werden bei:

Verlag das Freie Buch GmbH
Tulbeckstr. 4, 80339 München
Tel.: 089-54070346, Fax: 089-54070348,
E-Mail: kontakt@verlagdasfreiebuch.de
<http://www.verlagdasfreiebuch.de>

Aktions-Button

Es gibt sie in der Standardgröße (23mm) und in groß (53mm). Erhältlich sind sie für €1,00 bei:
SJD - Die Falken, Bezirk Niederbayern / Oberpfalz, Obermünsterstr. 11, 93047 Regensburg, Tel. 0941 58265
Bei größeren Bestellungen kann Rabatt gegeben werden.



Klassenkampf statt Weltkrieg



Akropolis



Alter Peter



MAN

Mercedes Kollegen gegen Bundeswehreinsatz im Inland

Am Freitag, den 15. Juni wird in Bremen im Beisein des Verteidigungsministers die erste Regionale Sicherheits- und Unterstützungseinheit im Bundesgebiet aufgestellt. Sie ist Teil des Heimatschutzes, der in den letzten Jahren aus aktiven Soldaten, Reservisten und Hilfsorganisationen aufgebaut wurde. Die Kernaufgaben dieser neuen „Heimatschutzkompanien“ sind z.B. „Bewachung, Sicherung, Objektschutz, Spezialfähigkeiten in ABC-Abwehr und Verkehrslenkung“.

Während die Politik die Bevölkerung immer mal wieder mit Debatten über eine Grundgesetzänderung für den Bundeswehreinsatz im Inneren beschäftigt, ist dieser längst permanente Realität. Mit der Aufstellung der 25 Heimatschutzkompanien werden weitere Tausende Reservisten für den Einsatz an der „Heimatfront“ beordert. Diese neben der aktiven Truppe bestehenden Verbände erinnern sehr an die reaktionären Freikorps, die zur Zeit der revolutionären Erhebungen nach dem 1. Weltkrieg aufgebaut wurden. Es ist bezeichnend, dass gerade in Zeiten von wirtschaftlichen Krisen und politischen Umbrüchen in Europa solche Einheiten installiert werden.

Schon wegen der leidvollen Erfahrungen in der Geschichte mit dem Inlandseinsatz des Militärs, haben wir als Arbeiter allen Grund misstrauisch zu sein. Denn die Liste der blutigen Niederschlagung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung durch das deutsche Militär ist lang. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Niederschlagung der Novemberrevolution 1919, wie hier die Bremer Räterepublik durch das Freikorps Caspari, das Vorgehen gegen den Generalstreik 1920, der sich gegen den reaktionären Kapp-Putsch richtete, sind Teil dieser Liste. 1967 übt die Bundeswehr in Hannover die Niederschlagung von Streiks - gegen die, einen Steinwurf entfernt streikenden Hanomag- Arbeiter. Auch heute übt das Militär bereits wieder den Einsatz gegen Demonstranten im Blaumann und lässt Panzer und Tornado-Jagdflugzeuge beim G8 -Gipfel in Heiligendamm 2007 gegen Demokraten und Gewerkschafter zum Einsatz bringen.

Deswegen sagen wir: Niemals wieder darf dem Militär die Möglichkeit eingeräumt werden gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, gegen die Bevölkerung, vorzugehen! Und wir fordern die sofortige Auflösung des Heimatschutzes mit seiner ganzen Struktur, inklusive der Regionalen Sicherheits- und Unterstützungseinheiten!

Deswegen werden wir am 15.06.12, ab 15:00 Uhr vor der Scharnhorstkaserne sein.

Im Namen von 35 IGM-Vertrauensleuten und Betriebsräten aus dem Mercedes Werk Bremen*

Gerwin Goldstein, Joachim Kohrt, Frank Kotte, Gerhard Kupfer, Herbert Mogck, Uwe Müller, Julia Nanninga, Henriette Wessels

Kontakt: Gerwin Goldstein, Tel.-Nr.: 0151-24123829, Mail: gerwingoldstein@freenet.de

* Wir sind auch Teil des Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik, siehe auch unter: www.Notstand-der-Republik.de

Deutsches Diktat in Europa heißt Krieg!

Nie wieder!

Hoch die internationale Solidarität!

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise hat gezeigt, dass der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, sich friedlich und ohne Gewalt am Ruder zu halten. In den kapitalistischen Ländern Europas und weltweit sollen die Verluste der Großbanken, Konzerne und Versicherungen auf das Volk, das die Schulden nicht verursacht hat, abgewälzt werden. Mit der Streichung von Sozialleistungen, Kürzung der Renten, Erhöhung der Verbrauchssteuern, Entlassungen im Millionenmaßstab und vielem mehr soll den Kapitalisten der Profit und das Überleben gesichert werden. Wo die Menschen gegen diese Politik auf die Straße gehen oder in Streik treten, wird mit Polizei und Armee gegen sie vorgegangen.

In der Weltwirtschaftskrise verschärfen sich die Verteilungskämpfe unter den Kapitalisten, Einflussphären und Absatzmärkte müssen gesichert werden. Da wird mit dem Rauswurf aus der Euro-Zone oder der EU gedroht, Volkswirtschaften werden in den Ruin getrieben, Staaten ihrer Souveränität beraubt und ganze Völker ausgeplündert.

Als politisch und ökonomisch stärkste Macht in Europa ist der deutsche Imperialismus immer vorne mit dabei. Was die deutschen Banken, deutsche Beamte und die Bundesregierung in den letzten Jahren beispielsweise in Griechenland veranstaltet haben, ist ungeheuerlich! Auf Geheiß aus Berlin wurden Spardiktate umgesetzt, die Millionen in Erwerbslosigkeit und Armut stürzen. So genannte Rettungsschirme leiten das Geld aus den Staatskassen direkt an die deutschen Banken und Konzerne weiter. Gleichzeitig wird der zahlungsunfähige griechische Staat gezwungen, Rüstungskäufe bei deutschen Firmen in Millionenhöhe zu tätigen. Von der Rückzahlung der im Zweiten Weltkrieg durch die deutsche Besatzungsmacht geraubten Milliarden oder der Begleichung von Entschädigungszahlungen an Griechenland und andere Staaten will man dagegen nichts wissen. Und nachdem aus dem Volk nichts mehr rauszuholen ist, wird die demokratisch gewählte Regierung durch ein williges Schattenkabinett ersetzt. Das ist die Demokratie des Kapitals – früher hätte man einen solchen Vorgang noch als Staatsstreich bezeichnet. Nachdem Griechenland abgewickelt war, fand in Italien etwas Ähnliches statt und auch Länder wie Portugal oder Irland stehen ökonomisch nicht viel besser da.

Verfolgt man die Berichterstattung über einen der vielen EU-Gipfel oder den Wirtschaftsteil einer x-beliebigen bürgerlichen Tageszeitungen, ist leicht zu erkennen, dass die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten zunehmen und der Umgangston sich verschärft. Die Bundesregierung trägt durch ihre Politik nicht nur zu dieser Verschärfung bei, sie bereitet sich auf die Konsequenzen vor. Die Bundeswehr ist endgültig zu einer Armee im Auslandseinsatz, zu einer Angriffsarmee umgebaut worden. Ihre Waffensysteme sind auf Angriff ausgerichtet, die Wehrpflicht wurde ausgesetzt, weil sie den Bedürfnissen deutscher Weltpolitik derzeit nicht entspricht. Der Gewaltenapparat – Polizei, Geheimdienste und Militär – werden grundgesetzwidrig verzahnt und zentralisiert. So zum Beispiel im „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum“ oder dem neuen „Cyber-Abwehrzentrum“. Die Armee wird illegal im Inland eingesetzt, probt die Niederschlagung von Aufständen und Streiks und sitzt über den sogenannten Heimatschutz in den Rathäusern. Eine bewusste Militarisierung in Schulen, Hochschulen und der Gesellschaft allgemein soll Nachwuchs für die Berufsschmiede bringen und in der Bevölkerung Akzeptanz für In- und Auslandseinsätze der Bundeswehr schaffen. Die großen Medien und die Politik schüren Nationalismus und rassistische Vorurteile (vgl. „Döner-Morde“ oder „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen“).

Frau Merkel stellt bereits offen in Frage, ob der Frieden in Europa noch lange anhalten wird: „Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht.“

Da denkt man fast zwangsläufig an Bertolt Brecht: „Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem Ersten, noch bewohnbar nach dem Zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem Dritten. Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.“

Den Kriegstreibern, den Plünderern und Lippenbekenntnis-Demokraten auf die Finger zu hauen, können wir nur selber tun. Und tun müssen wir es, wenn wir der Ausplünderung und Entrechtung anderer Völker und Staaten entgegenzutreten wollen. Es ist höchste Zeit, dass wir uns entscheiden, auf welcher Seite wir stehen. Auf der Seite der vom deutschen Kapital ausgeplünderten Völker oder auf der Seite derer, die ausplündern?

Wer auf einen „gezügelten“, menschlicheren Kapitalismus hofft, kann lange warten. Wer sich auf dem noch relativen Wohlstand in Deutschland ausruht, vergisst, dass es damit sehr schnell vorbei sein kann und wir auf Kosten anderer „so gut“ leben. Ein Leben auf Kosten anderer ist kein Leben! Es ist unsere Aufgabe, dem Treiben des deutschen Imperialismus ein Ende zu setzen. Die Interessen von Deutsche Bank, Siemens & Co. sind nicht die unseren.

Alzu oft verhindert die Spaltung der fortschrittlichen Jugendbewegung gemeinsame Aktionen und alzu oft verlieren wir uns in Grabenkämpfen um die Einschätzung der einen oder anderen Frage. Es ist bekannt, dass in der deutschen Geschichte vieles anders gelaufen wäre, hätten Antifaschisten und Kriegsgegner sich zum gemeinsamen Kampf entschlossen. Wo Kriege geführt werden und andere auf unsere Kosten verarmen und sterben, haben wir keine Wahl. Da dürfen uns auch Organisationsgrenzen nicht davon abhalten, zu diskutieren und zusammenzuarbeiten. Das Gemeinsame zu suchen, sollte im Interesse aller Kriegsgegner, Demokraten und Antifaschisten liegen – egal ob Sozialdemokrat, Sozialist, Kommunist oder parteilos. Es ist insbesondere Aufgabe der antifaschistisch-demokratischen Jugend, dabei voranzugehen und die Spaltung zu überwinden.

Deshalb sagen wir: „Jugend kämpfe vereint gegen deinen größten Feind – den deutschen Imperialismus!“

Wir rufen jede Jugendorganisation, jeden Zusammenschluss von Jugendlichen auf, mit uns gegen deutsches Großmachtstreben zu kämpfen! Dafür wollen wir mit euch in Diskussion und Aktion treten. Diskutiert in euren Organisationen darüber, nehmt Kontakt zu uns auf und lasst uns gemeinsam kämpfen.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der IPRD - Jugendsekretariat des Zentralkomitee
www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-ikpd.de

Freie Deutsche Jugend
www.frdj.de

Jugendaktionseusschuss gegen den Notstand der Republik
www.jugendkongress-notstand-der-republik.de

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken Bezirk Niederrhein/Oberpfalz
www.falken-in-no.de





Hilft die deutsche Regierung Griechenland?

Seit Jahren pumpen die großen Euro-Staaten, allen voran Deutschland, scheinbar Geld nach Griechenland, Spanien, Irland etc. Diese sogenannten Rettungsschirme werden nur bewilligt, wenn sich die jeweiligen Länder harten Sparauflagen unterwerfen. Aber wie sieht es in diesen Ländern aus?

Die Folgen der Sparidiotie sind verheerend:

Die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland ist auf über 50% gestiegen, die Renten werden massiv gekürzt, Kinder fallen aufgrund von Unterernährung in Ohnmacht oder werden in SOS-Kinderdörfern abgegeben, weil ihre Eltern nicht mehr für ihre Grundbedürfnisse sorgen können. Durch Lohnkürzungen ist es vielen Familien nicht mehr möglich, die Miete zu bezahlen und genügend Geld für Lebensmittel ausgeben zu können. Die Suizidrate in Italien ist innerhalb von fünf Jahren um 52% angestiegen. Die Selbstmordrate in Griechenland stieg innerhalb der letzten zwei Jahre um 40% an. „Ich gehe, bevor ich meinem Kind zur Last falle und im Müll suchen muss.“ (faz.net, 05.04.2012), war in einem Abschiedsbrief eines 77-jährigen Rentners zu lesen, der sich Anfang April 2012 das Leben nahm.

Warum werden in Griechenland immer noch die Löhne gekürzt? Warum geht das spanische Volk auf die Barrikaden, obwohl ihnen angeblich geholfen wird, ebenso die griechischen und portugiesischen Arbeiter?

Weil weder Merkel noch Sarkozy noch Schäuble vorhaben, den spanischen, griechischen oder portugiesischen Arbeitern zu helfen. Wem sie aber helfen, das sind die deutschen bzw. französischen Banken und Großkonzernen. Denn das Geld der sogenannten Rettungsschirme landet nicht bei den griechischen Arbeitern, sondern unter anderem in den Tresoren der Deutschen Bank. Wir müssen uns die Frage stellen, bei wem der griechische Staat die meisten Schulden hat: Bei den deutschen Banken! Und wie zahlt der griechische Staat diese Schulden? Durch die „Rettungsschirme“, durch die aufgezwungenen Sparmaßnahmen und durch die Ausplünderung der griechischen, spanischen Arbeiterklasse.

Eines ist klar: Die Kredite der französischen, aber vor allem deutschen Banken und Konzernen sind nicht unsere Kredite und kommen nicht der spanischen, griechischen oder portugiesischen Bevölkerung zugute! Nicht wenige Medien sprechen mittlerweile von protektoratsähnlichen Zuständen. „Wir müssen Griechenland davor schützen, ein Deutsches Protektorat zu werden. Wir sind keine Deutsche Kolonie.“, zitiert Spiegel-online International Herr Tsipras – ein griechischer Politiker – am 21.02.2012.

Verfolgt man die Berichterstattung über einen der vielen EU-Gipfel oder den Wirtschaftsteil einer x-beliebigen Tageszeitung, ist leicht zu erkennen, dass die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten eine lange nicht mehr dagewesene Schärfe angenommen haben. Angela Merkel sagte in einer Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2004: „Um die Politik anderer Nationen zu beeinflussen, um den Interessen und Werten der eigenen Nation zu dienen, müssen alle Mittel in Betracht gezogen werden, von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.“

Die Bundesregierung trägt durch ihre Politik nicht nur zu dieser Verschärfung bei, sie bereitet sich auf die Konsequenzen vor.

Die Bundeswehr ist endgültig zu einer Armee im Auslandseinsatz, zu einer Angriffsmarine umgebaut worden. Ihre Waffensysteme sind auf Angriff ausgerichtet, die Wehrpflicht wurde ausgesetzt, weil sie den Bedürfnissen deutscher Kriegspolitik derzeit nicht entspricht. Der Gewaltenapparat – Polizei, Geheimdienste und Militär – werden grundgesetzwidrig verzahnt und zentralisiert. Die Armee wird illegal im Inland eingesetzt, probt die Niederschlagung von Aufständen und Streiks und sitzt über die sogenannte „zivil-militärische Zusammenarbeit“ in den Rathäusern. Eine bewusste Militarisierung in Schulen, Hochschulen und der Gesellschaft allgemein soll Nachwuchs für die Berufsarmee bringen und in der Bevölkerung Akzeptanz für In- und Auslandseinsätze der Bundeswehr schaffen.

Im Französischen „Le Monde“ ist zu lesen: „Die Angst vor einem Deutschen Europa lebt unter den Französischen Führungskräften wieder auf.“ und Frau Merkel stellt bereits offen in Frage, ob der Friede in Europa noch lange anhalten wird: „Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht.“

Es ist höchste Zeit, dass wir uns entscheiden, auf welcher Seite wir stehen. Auf der Seite derer, die ausplündern der oder auf der Seite der vom deutschen Kapital ausgeplünderten Völkern? Den deutschen Kriegstreibern, den Plünderern und Lippenbekenntnis-Demokraten müssen wir auf die Finger hauen, wenn wir der Ausplünderung und Entrechtung anderer Völker und Staaten entgegenzutreten wollen.

Nie wieder Europa unter deutschen Stiefeln!

Hoch die internationale Solidarität!



V.i.S.d.P.: Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Obermünsterstr. 11, 93047 Regensburg, www.falken-in-no.de, www.facebook.com/SJD.NO

